

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie-Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheinensweise: Samstag. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.60 M. Anzeigenpreis die 6 gespalt. Coloneltelle für Arbeitsgesuche 75 Pf., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Sich in andere hinein-denken!

Die Leute würden sich sofort um andere so gut wie um sich selbst kümmern, wenn sie sich nur in sie hinein-denken könnten.

Wenn man den Verkehr der Menschen untereinander im Durchschnitt nimmt, so gewinnt man kein erfreuliches Bild. Bei nur oberflächlicher Betrachtung tritt Vieleshaftigkeit, unglückliche Beurteilung, rücksichtslose Behandlung in Erscheinung. Jedem muß man nach wirklicher Teilnahme andern gegenüber, nach selbstlosem und wohlwollendem Interesse für ihr Wohl suchen, da diese edlen Menschenbeziehungen keinesfalls augenfällig sind. Doch würde man die Menschheit verkennen, wollte man alle Verfehlungen gegen die Menschlichkeit auf das Konto der Bosheit oder des Hasses setzen. Die meisten Verfehlungen lassen sich auf Oberflächlichkeit im Urteile zurückführen oder auf selbstsüchtige Motive, die einem verborgen sind.

So gerne man auch andere zum Gegenstande der Unterhaltung macht, so gibt man sich doch nicht die Mühe, sich hineinzuversetzen in das fremde Ich, in seine Eigenart, in seine Erziehungserhältnisse, in seine gegenwärtige Lage. Dieses Hineinversetzen führt erst zum Verständnis der andern, reinigt und klärt das Urteil und erweitert vor allem das Herz. Da wird man meist gewahr, daß diese Mitmenschen nicht über Rosen wandeln, daß sie dieselben Lebensschwierigkeiten zu überwinden haben, wie man selbst. Diese Einsicht führt dahin, daß man einmal mit innerer Teilnahme das Geschick anderer betrachtet, das Werk die Beforgnis, und Besorgnis ist der Anfang helfender Liebe.

Wie weit freundlicher würde sich der Verkehr der Menschen untereinander gestalten, wenn jeder über die Menschen seiner Umgebung nachdenkt, noch mehr, sozusagen sich in das Ich des andern hineinversetzen und die fremden Erlebnisse zu den eigenen machen wollte. Jeder hat es doch erfahren, wie wohl es tut, Menschen zu treffen, die einen verstehen, gemäß des Einbilds, den sie in die eigene Innen- und Außenwelt gewonnen haben, wie es aber auch drückt, bei so vielen Menschen auf eine ganz äußerliche und darum unkorrekte Beurteilung und entsprechende Behandlung zu stoßen.

Um so reicher wird das eigene Leben, je mehr fremde Leben man mit erlebt, um so edler und besser wird das eigene Ich, je mehr es sich um andere in Liebe „bekümmert“.

Der auswärtige Handel in der Metallindustrie.

(Vergl. Nr. 45.)

Die Produktion an Blechen hat in den letzten 10 Jahren eine außerordentliche Vermehrung erfahren. Die der Platten und der Bleche ist von 773 000 To. im Werte von 142 Mill. M. im Jahre 1900 auf 1 488 800 To. im Werte von 200 Mill. M. im Jahre 1909 gestiegen. Die Ausfuhr dieses Produktes ist im Verhältnis zu diesen Zahlen allerdings gering; sie betrug 1900 150 239 To. im Werte von 23,8 Mill. M., 1905 dagegen schon 290 173 To. im Werte von 31 Mill. M. Die Zahlen nach 1905 lassen sich mit den genannten wie schon früher erwähnt nicht ohne weiteres vergleichen, da sie nach anderen Gesichtspunkten geordnet sind. Doch zeigen auch die nach 1905 deutliche, daß die Ausfuhr stetig zugenommen hat. Die Ausfuhr an Großblechen stellte sich 1906 auf nur 136 961 To. im Werte von 19,2 Mill. M. Es muß hier berücksichtigt werden, daß nur die Zeit von März bis Dezember erfasst ist. — Die Zahlen der folgenden Jahre geben daher ein Bild, das der Bedeutung der Ausfuhr eher entspricht. Sie betrug 1907 182 445 To. im Werte von 27,3 Mill. M., 1908, wo sich die fallende Tendenz des Wirtschaftens auch in der verminderten Produktion bemerkbar gemacht hatte, 207 615 To. im Werte von 25,4 Mill. M.; 1909 224 678 To. im Werte von 25,7 Mill. M. und 1910 253 112 To. im Werte von 30,3 Mill. M. Die einsetzende Besserung in unserer Volkswirtschaft zeigt sich in der letzten Zahl schon recht deutlich.

Die Ausfuhr der übrigen Bleche, die eine Stärke bis zu 5 Millimeter haben, ist nicht von so großer Bedeutung; sie betrug mit Ausnahme der verzinkten Bleche und des Weißblechs i. J. 1910 insgesamt 92 334 To. im Werte von 12,4 Mill. M.

Die Ausfuhr der bis jetzt genannten Waren ist ganz belanglos. Die große Eigenproduktion, die wir haben, macht sie entbehrlich; sie erreichte 1910 kaum einen Wert von 2,2 Mill. M. Anders verhält es sich aber mit dem Weißblech. Die Ausfuhr dieses Produktes ist ganz unbedeutend — sie betrug 1910 nur 389 To. im Werte von 135 000 M. Auch in den früheren Jahren war sie ganz belanglos. Die Ausfuhr weist demgegenüber bedeutend größere Zahlen auf. Sie betrug im Jahre 1910 fast 47 000 Tonnen im Werte von 13,6 Millionen M. Der Grund dieser Erscheinung liegt in den Produktionsverhältnissen unseres Landes, die für den heimischen Bedarf nicht genügen. 1909 wurden nur 55 000 To. Weißblech produziert im Werte von 17,9 Mill. M.

Unser größter Großblechkonsument sind die Niederlande. Sie absorbieren von der Gesamtausfuhr i. J. 1910 über ein Drittel, nämlich 86 272 To. im Werte von 10,4 Mill. M. An 2. Stelle steht Großbritannien mit einer Ausfuhr von 56 803 To. im Werte von 6,8 Mill. M. (1910.) Es folgen Norwegen und Belgien, von denen das erstere 18 291 To. im Werte von 2,2 Mill. M. einfuhrte und das zweite

15 617 To. im Werte von 1,9 Mill. M. Als einziger Lieferant von Weißblech kommt Großbritannien in Betracht. Von den im Jahre 1910 eingeführten 46 973 To. war es mit 46 870 To. im Werte von 13,6 Mill. M. beteiligt.

Die Verwendung von Draht ist in Deutschland stark gewachsen, das beweisen die anschwellenden Produktionsziffern, denen allerdings auch eine steigende Ausfuhr gegenübersteht. 1905 betrug die Produktion 779 000 To. im Werte von 83,4 Mill. M.; 1909 893 000 To. im Werte von 104,6 Mill. M. Die Gesamtausfuhr stellte sich 1905 auf 311 672 To. im Werte von 58,7 Mill. M. Die Hauptausfuhr fällt auf verzinkten Draht. Sie betrug im Jahre 1907 87 178 To. im Werte von 17,4 Mill. M., 1908 108 960 To. im Werte von 19,6 Mill. M., 1909 114 993 To. im Werte von 20,7 Mill. M. und 1910 140 203 To. im Werte von 24,9 Mill. M. An geordnetem nicht polierten Draht wurden 1909 87 055 To. ausgeführt im Werte von 15,2 Mill. M., 1910 99 805 To. im Werte von 16,3 Mill. M. Hier machte sich die starke Konkurrenz in einer Entwertung des Produktes bemerkbar. Die Ausfuhr ist zwar gestiegen, nicht aber der Ausfuhrwert. Die Erstere betrug 1907 nur 80 692 To., hatte aber einen Wert von 16,5 Mill. M. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß gerade in dem Jahre die Konstellation der Ausfuhrindustrie sehr günstig war.

Im gewalztem Draht kamen 1910 133 516 To. zur Ausfuhr im Werte von 13,6 Mill. M. Auch hier haben wir die Erscheinung, daß zwar die Ausfuhrmenge gewachsen, der Ausfuhrwert aber zurückgegangen ist. 1907 betrug die Ausfuhr nämlich 116 100 To., hatte aber einen Wert von 15,5 Millionen M. Trotz einer um 17 416 To. vermehrten Ausfuhr blieb der Wert im Jahre 1910 um 1,9 Mill. M. zurück. Als Einfuhrländer für nicht polierten gewalzten Draht kommen in erster Linie Belgien und Großbritannien in Betracht. Die Ausfuhr nach Belgien betrug 1910 66 560 To. im Werte von 5,6 Mill. M.; die nach Großbritannien 36 000 Tonnen im Werte von 3,8 Mill. M. Die beiden Länder nehmen also fast $\frac{1}{2}$ der gesamten Ausfuhr auf. Großbritannien ist auch für alle anderen Drahtprodukte ein überaus bedeutender Abnehmer. An geordnetem nicht poliertem Draht wurden 1910 29 846 To. im Werte von 4,9 Mill. M. dahin ausgeführt, also weit über ein Viertel der Gesamtausfuhr. Einen beträchtlichen Teil nahm und nimmt Australien auf. Seine Einfuhr betrug 14 043 To. im Werte von 2,7 Mill. M., auch Brasilien ist ein guter Abnehmer.

In der Einfuhr von verzinktem Draht steht Argentinien an erster Stelle. Fast ein Viertel der Gesamtausfuhr nahm es auf, 38 265 To. im Werte von 5,9 Mill. M., während die Gesamtausfuhr 140 203 To. im Werte von 24,9 Mill. M. betrug. Großbritannien stellt auch hier einen guten Grund dar, indem es uns 20 662 To. im Werte von 3,6 Mill. M. abnahm.

Die Einfuhr von Drahtprodukten ist im Verhältnis zur Ausfuhr unbedeutend und im Verhältnis zu der heimischen Produktion ganz ohne Belang, was bei unserer Produktion ja eigentlich selbstverständlich ist.

Die Produktion von Röhren hat in kurzer Zeit einen gewaltigen Aufschwung genommen. 1904 betrug sie 636 000 Tonnen im Werte von 72,5 Mill. M., 1909 dagegen 893 300 Tonnen im Werte von 104,6 Mill. M. Die Ausfuhr an Röhren stellte sich 1910 auf 174 183 To. im Werte von 35,8 Millionen M. Davon entfielen auf Röhren von nicht schmiedbarem Guß 31 088 To. im Werte von 3,4 Mill. M., auf gewalzte oder gegogene und rohe Röhren 122 751 To. im Werte von 21,5 Mill. M. An bearbeiteten Röhren wurden 21 344 To. ausgeführt im Werte von 10,8 Mill. M., an diesen Produkten machte sich im Jahre 1910 ein starker Rückgang in der Ausfuhr bemerkbar und zwar gegen die drei vorerwähnten Jahre. Als Einfuhrländer sind wieder in erster Linie Großbritannien zu nennen, dann aber auch Italien, die Niederlande und für gewalzte oder gegogene Röhren vor allem auch Rumänien. Es führte 1910 15 178 To. im Werte von 2,7 Mill. M. ein.

Eine immer größere Bedeutung nimmt die Ausfuhr von Gußwaren ein. Zwar kann sich die ausgeführte Menge nicht mit den Zahlen messen, die wir bei Schienen, Stabeisen, auch Kränzen und Blechen gefunden haben; der Ausfuhrwert aber ist größer als jeder der übrigen Waren. Dieses Mißverhältnis erklärt sich leicht aus dem hohen Wert, den die Produkte von Eigenguß oder schmiedbarem Eisen haben, denn auch die letzteren sind hier einbezogen.

Die Ausfuhr an den genannten Waren betrug 1910 47 000 To. im Werte von 63,5 Mill. M. Es ist dies die höchste Zahl, die jemals erreicht worden ist, 1907 stellte sie sich auf 31 410 To. im Werte von 57,8 Mill. M., 1908 auf 31 981 To. im Werte von 47,7 Mill. M. und 1909 auf 35 427 To. im Werte von 36,2 Mill. M. Wir können hier nicht auf alle die Gründe der Wertschwankungen eingehen, die in den angeführten Zahlen zum Ausdruck kommen — nur auf eines sei hier hingewiesen, nämlich, daß bei der Wertschwankung der beigezogenen Waren große Wertschwankungen vorkommen müssen, je nachdem das eine oder andere Produkt stärker an der Ausfuhr beteiligt ist. — Die Ausfuhr der hier zusammengefaßten Waren spielt gar keine Rolle, sie betrug 1910 nur 3252 To. im Werte von 3,9 Mill. M. — Im Jahre 1910 waren die größten Abnehmer die Niederlande und Argentinien. Erstere führte 4492 To. ein im Werte von 6,0 Mill. M., letzteres 4054 To. im Werte von 5,5 Mill. M. Die Bedeutung der einzelnen Länder als Abnehmer ist bei diesem Produkte einem starken Wechsel unterworfen; es läßt sich dies wiederum aus der Wertschwankungzeit der in dieser Gruppe zusammengefaßten Waren erklären.

Der auswärtige Handel in der Metallindustrie weist, wie wir aus diesen Darlegungen erkannt haben, ungeheure Werte auf. Nicht alle Waren und Produkte der Metallindustrie konnten in dem Vorausgehenden berücksichtigt werden. Große Ausfuhrwerte, wohl über 250 Millionen M., erleben aus mancherlei Gründen unberücksichtigt. Eine Zusammenfassung aller ausgeführten Waren soll zum Schluß noch einmal die Bedeutung der Ausfuhr und damit die Wichtigkeit der Metallindustrie vom Ausland beleuchten. Der Ausfuhrwert betrug i. J. 1910 am:

Maschinen aller Art	500,4 Mill. M.
groben Eiswaren	165,3 " "
feinen Eiswaren	86,5 " "
Fahrrädern und Teilen	72,6 " "
Eisenbraut	59,5 " "
schmiedbarem Stabeisen	57,2 " "
St. u. Winkelisen	56,7 " "
Eisenbahnstienen	54,3 " "
Platten und Blechen	50,2 " "
Luppenisen, Noßstienen zc.	45 " "
Noßstienen	45 " "

Die gesamte Ausfuhr hatte also einen Wert von 1 Milliarde 192 Millionen Mark! Die Einfuhr ist gering; sie erlangt nur bei Maschinen einige Bedeutung. Ihr Wert betrug 1910 83,5 Mill. M. Wir haben demnach eine aktive Bilanz für die Metallindustrie von 1108,6 Millionen Mark, eine Zahl, die keine andere Industrie aufzuweisen haben dürfte. Das ist der sprechendste Beweis dafür, daß die deutsche Metallindustrie mit Zug und Recht „das Rückgrat der deutschen Industrie“ genannt werden darf. Ihr Wert auch für die Folge die wichtige Aufgabe zuzufallen, den weit überwiegenden Teil des Bevölkerungszuwachses unseres Vaterlandes aufzunehmen und ihm lohnende Arbeit und Brot zu verschaffen. Mögen namenlos auch unsere Metallarbeiter sich ihrer Aufgabe und ihres Wertes für die deutsche Volkswirtschaft immer mehr bewußt werden und durch Stärkung und Ausbau ihrer Organisation sich diejenige Position verschaffen, die ihnen gebührt.

Unangebrachte Schadenfreude.

Bekanntlich steht die rote Presse seit jeher mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße. Die Fadenreueigkeit der von ihr vertretenen Sache verlangt es, die Aufmerksamkeit der Massen vom Jammer im eigenen Lager nach Möglichkeit abzulenken. Dazu dient ihr die demagogische Fege und die persönliche Verunglimpfung des Gegners. Diese Mittel scheinen die roten Herrschaften als ihr gutes Recht zu betrachten, denn sie werden furchtbar nervös, wenn die von ihnen angerempelten christlichen Arbeiter sie einmal energisch auf die Finger klopfen. Auch der Redaktion der roten „Metallarbeiterzeitung“ mußte schon wiederholt durch den Strafrichter in Erinnerung gebracht werden, daß christliche Arbeiter heute noch nicht vogelfrei sind. Das hat sich sichtlich gemindert und eifrig spähte sie nach einer Gelegenheit aus, um ihre lakonische Stimmung durch die „reinsten aller Freuden“ zu verschleppen.

„Geteilter Schmerz ist halber Schmerz“, dachte die „Metallarbeiterzeitung“ und präsentiert ihren Gläubigen in ihrer Nr. 46 einen angeblichen christlichen Leidensgenossen unter der Stichmarke: „Das schwarze Metallarbeiterblatt auf der Anklagebank“. Nach einem seiner ganzen Bergangensricht nach gerade diesem roten Blatt besonders „gut“ zu Gesicht stehenden Monolog a la Phariseer im Tempel weiß die „Metallarbeiterzeitung“ zu berichten: „Der Redakteur Kraus vom zentrumschristlichen Deutschen Metallarbeiter wurde... jüngst vom Schöffengericht zu Duisburg zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er dem Reichstagsabgeordneten Sachse nachgefragt hatte, daß dieser um die Herstellung des beschäftigten 30 000 Mark-Flugblattes gewürkt habe. Am 4. November fand die Sache in der Berufungsinstanz zur Verhandlung. Sachse war persönlich nicht anwesend, sondern durch Rechtsanwalt Markthaus vertreten. Der „christliche“ Verbandsredakteur bot einen Vergleich an, worin er die erhobenen Vorwürfe zurücknimmt. (Er machte also das, was er in Nr. 44, Seite 299, als die und wehmütig bezeichnete. O schwarzes „christliches“ Pöbel!) Obgleich wir nun dem roten Blatt gern eine Freude gönnen, müssen wir in diesem Falle doch konstatieren, daß das Pöbel auf seiner Seite ist. Denn:

Was die Metallarbeiterzeitung da geschrieben, ist aufgelegter Schwindel. Es ist erstens unklar, daß unser Redakteur dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Sachse nachgefragt hat, daß dieser um die Herstellung des beschäftigten 30 000-Mark-Flugblattes gewürkt habe. Auf den Gegenbeweis des „roten“ Metallarbeiterblattes sind wir gespannt. Zweitens ist unklar, wenn die Metallarbeiterzeitung schreibt: Der „christliche“ Verbandsredakteur bot einen Vergleich an, worin er die erhobenen Vorwürfe zurücknimmt. — Wahr ist, daß der christliche Verbandsredakteur bereit war, in die Verhandlung der Sache vor der Berufungsinstanz einzutreten. Wahr ist ferner, daß der Rechtsanwalt des Herrn Sachse vor Eintritt in die Verhandlung bezweifelte, daß die Angelegenheit in der betreffenden Sitzung zu Ende geführt werden könne, da er ev. die Ladung von Zeugen beantragen müsse. Wahr ist sodann, daß darauf der Gerichtsvorsetzende, um die Sache nicht überhaupt ohne jedes Resultat verlagern zu müssen, einen Vergleich auf Widerruf vorschlug.

Also nicht unser Redakteur „bot einen Vergleich an“, berechnetes „volles“ Metallarbeiterblatt, es wurde ihm im Termin nicht einmal zugemutet, dem Vergleichsvorschlag seine Zustimmung zu geben; das tat er bis heute noch nicht. — mit Freuden überläßt er Herrn Sachse in dieser Hinsicht den Vortritt! Mit dem „be- und wehmütig“ ist es also auch nichts!

Da die Angelegenheit nun einmal an dieser Stelle angeknüpft ist, müssen wir, zum besseren Verständnis für unsere Leser, auf den Sachverhalt selbst noch etwas näher eingehen. In Nr. 14/1911 unseres Organs erschien eine Korrespondenz aus „Mugsburg“ über eine Abwehrveranstaltung gegen die sozialdemokratische Hege anlässlich des berühmtesten roten Putsch auf den Gruben Hauszham und Benzberg. Diese Korrespondenz enthielt u. a. den Satz:

„In verteilender Absicht wurde zu jener Zeit von sozialdemokratischen Beamten des Bergarbeiterverbandes das bekannte 30 000 Mark-Flugblatt verfaßt und mit Wissen des roten Verbandvorsitzenden und Reichstagsabgeordneten Sachse der Öffentlichkeit übergeben.“

Durch diesen Satz fühlte sich Herr Sachse beleidigt. In der Anklageschrift wurde uns unterstellt, wir hätten mit diesem Satz behauptet wollen, daß das 30 000 Mark-Flugblatt mit Wissen und Willen des Herrn Sachse verbreitet worden sei. Tatsächlich aber sollte — wie auch jeder unserer Leser, der die Korrespondenz im Zusammenhang liest, ohne weiteres herausfinden wird — mit diesem Satz nur an die durch den Prozeß gegen den Bergknappen-Redakteur Kollegen Zumbusch aufgedeckten allbekanntesten roten Schandtatzen erinnert werden. Daß die Erinnerung an die Affäre mit dem „Teufelsflugblatt“ dem Herrn Sachse unangenehm ist, kann man verstehen; denn auch er ist ja in dem Urteil, mit dem der Essener Prozeß vom 19. November 1909 seinen Abschluß fand, hart mitgenommen worden. Es seiht da nämlich wörtlich:

„Der Angeklagte (Zumbusch) hat den Beweis der Wahrheit für seine Behauptungen angetreten. In dieser Beziehung ist folgendes festgestellt:

Unwahr ist zunächst die in dem Flugblatt aufgestellte Behauptung, daß Brust 30 000 Mark von den Arbeitgeber zu Bekämpfung des Bergarbeiterverbandes erhalten habe. Nach den eidlichen und einwandfreien Aussagen des Zeugen Brust hat dieser niemals weder direkt noch indirekt Gelder oder sonstige Vorteile von den Zeichenbesitzern zu dem genannten Zwecke erhalten.

Unrichtig ist ferner die Tatsache, daß ein Mitglied des Gewerkschafts das Flugblatt gedruckt oder verbreitet hat.

Bielmehr steht auf Grund der Beweisaufnahme fest, und dieses müssen die Privatkläger auch zugeben, daß das Flugblatt entweder von Götz oder von Spaniol oder von beiden zusammen, die damals Angehörige des Bergarbeiterverbandes waren, verfaßt, auf ihre Veranlassung in der Rheinischen Zeitung, einem in Köln erscheinenden sozialdemokratischen Organ, gedruckt und von ihnen verbreitet ist.

Fest steht ferner, daß zum mindesten der Privatkläger Sachse, nachdem er von diesem Tatbestand durch den Zeugen Spaniol unterrichtet war, nicht in der nötigen Weise für die Aufklärung gesorgt hat. Spaniol erklärte ihm nämlich am Nachmittag des 8. September 1904, zwei Tage vor der Wahl, daß er und Götz das Flugblatt verfaßt und verbreitet hätten. Er (Sachse) hat auch sofort im Auftrag der Verbandsleitung Zettel verteilen lassen und eine Erklärung in der „Arbeiterzeitung“ veröffentlicht, in welcher er seine Anhänger vor dem Flugblatt warnt und ihnen anrät, sich hierdurch nicht beeinflussen zu lassen, die Abfassung dieser Erklärung beweist aber auf das deutlichste, daß er, wenn er auch den Streich nicht gebilligt hat, ihn doch nicht mit der Deutlichkeit, die allein als eine ehrliche und anständige bezeichnet werden kann, zurückgewiesen hat. Er hat nämlich, obgleich er durch Spaniol wußte, daß dieser und Götz, also zwei Mitglieder seines Verbandes, das Flugblatt verfaßt und verbreitet hatten, die Behauptung in seiner Erklärung aufrechterhalten, das Flugblatt sei von einem Vorstandsmitglied des Gewerkschafts verfaßt worden. Eine derartige Behauptung kann er, da er das Gegenteil wußte, nicht aufstellen, auch nicht in der Weise, daß wie dies in den Zetteln geschehen ist, die Tatsache des Verfaßens durch ein Mitglied des Gewerkschafts als eine „angebliche“ hingestellt wird.“

Zinnerhin interessant für die christlichen Gewerkschaftler ist auch die Zeugenaussage des damaligen Beamten Spaniol des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes in dem Essener Prozeß. Spaniol erzählte da über die Vorgänge am Nachmittag des 8. September 1904 (am 10. war die Wahl) nach einer genauen stenographischen Aufzeichnung folgendes:

„Man hatte mich Sachse durchs Telefon bestellt, ich sollte mit nach Buchhagen gehen an dem fraglichen Abend, wo Götz die Sachen wegbrachte. Ich ging zum Bahnhof Oberhausen und Götz ebenfalls. Götz hatte einen großen Koffer, da hatte er die Briefe verpackt. Am Bahnhof haben Sachse und Götz noch miteinander gesprochen. Sachse und ich fuhren zusammen nach Sterkrade, um von dort nach Buchhagen zu gehen. Als wir auf freiem Felde hinter Sterkrade waren, nahm ich einen Zettel heraus und frug, ob dafür auch die Beweise gebracht werden könnten. Da stellte sich Sachse so an, als wenn er nichts wüßte.“

„Ich will weiter erzählen. Womöglich ist in der Wirtschafft, bis Götz zurückkam. Da sagte ich ihm: „Was hast du gemacht, Sachse weiß ja nichts davon.“ „Ach“, sagte er, „der durste dir gegenüber nichts wissen.“ Am anderen Tage und später noch habe ich ihm zugestimmt und da hat er erklärt: „Es war meistens Horn, der die Sache gemacht hat.“ Ich kann auf meinen Eid nehmen, daß er gesagt hat, er habe über diese Angelegenheit in Bochum gesprochen.“

Und nun eine Frage an die Metallarbeiterzeitung: Was ist wohl die erste Frage eines auf seinem Posten stehenden Zentralverbandsvorsitzenden an einen Lokalbeamten seiner Organisation, wenn er diesen in einer kritischen Situation, wo jeder Funktionär die Hände voller Arbeit hat, mit der Ausrüstung eines Ferienreisenden auf dem Bahnhof trifft? Die Antwort auf diese Frage ist uns Herr Sachse in der Schöffengerichtsverhandlung schuldig geblieben. Das war sein gutes Recht. Vielleicht ist die Metallarbeiterzeitung zahlreicher.

Im übrigen liegt es uns vollständig fern, die Rolle, die Herr Sachse in der „Teufelsflugblatt“-Angelegenheit gespielt, schwärzer darstellen zu wollen, als dies im oben zitierten Teile des Essener Schöffengerichtsurteils schon geschehen ist. Auf dem Holzwege ist die Metallarbeiterzeitung, wenn sie meint, das 8. Gebot verbiete uns, schwarz als schwarz zu beschreiben. Wenn irgend ein Mohr sich dadurch beleidigt fühlen sollte, so ist damit noch lange kein Verstoß gegen das 8. Gebot erwiesen, sondern nur — daß dem Mohren seine eigene Haut selbst nicht gefällt. — Damit können wir für diesmal genug sein lassen und abwarten, ob die Metallarbeiterzeitung uns die an sie gerichtete Frage beantwortet. Jedenfalls wird sie uns und der gesamten christlichen Arbeiterzeitung es nicht rechnen können, wenn wir uns unser Urteil in irgend einer Sache bilden nach Maßgabe vorliegender Tatsachen.

Volkswirtschaft und Wirtschaftstheorien.

Die Gebundenheit des Wirtschaftslebens, die in den Staaten des 18. Jahrhunderts herrschte, der weitgehende Protektionismus, den diese im Gewerbetreiben ausübten, mußte unbedingt zu einer Reaktion führen. Sie machte sich zuerst in Frankreich bemerkbar. Ihre Darstellung, die sie hier fand, zeigt deutlich die Ursachen ihrer Entstehung. Sie liegen auf wirtschaftlichem und philosophischem Gebiet.

Die Eigentümlichkeit des Merkantilismus lag in der Begünstigung von Handel und Gewerbe. Die Landwirtschaft wurde nur insoweit berücksichtigt, als sie bestimmt war, durch billige Abgabe der Rohstoffe und Lebensmittel jene zu fördern. Da war es kein Wunder, daß der einseitigen Überbegerung von Handel und Gewerbe sich bald eine solche der Landwirtschaft gegenüberstellte. Das physiokratische System, wie es sein hauptsächlichster Begründer, Quesnay, selbst nannte, kugelte die Fähigkeit von Handel und Gewerbe, produktiv zu sein, d. h. neue Werte zu erzeugen, und schrieb diese Eigenschaft nur der Landwirtschaft zu. Nur ihr Ertrag vermog nach ihm den Reichtum eines Volkes zu vermehren. „Alle nicht in der Landwirtschaft tätigen Berufsarten sind steril, unproduktiv; die können nur konsumieren (verbrauchen) oder konjizieren (aufbewahren), aber niemals produzieren.“

Diese Auffassung, der wir übrigens auch heute noch begegnen, führt zu einer eigentümlichen Forderung. Sie verlangt nämlich, daß Grund und Boden, weil allein produktiv, in ihrem Reinertrag die gesamte Steuerlast tragen müssen.

Diese Forderung, die alles andere als günstig für die Landwirtschaft ist, läßt sich nur aus den agrarischen Verhältnissen, die zurzeit Quesnays in Frankreich herrschten, erklären, was schon ist mit besonderem Nachdruck betont hat. Die großen Grundbesitzer des Landes waren Acker und Adel; beide genossen aber Steuerfreiheit. Die Bauern waren nichts weiter als abhängige Pächter, die den Reinertrag des Bodens, die Grundrente, an die Grundbesitzer ablieferten. Die Steuer auf die Grundrente mußte und durfte daher allein die Grundbesitzer treffen. Wir müssen Friedrich List zustimmen, wenn er in dieser Forderung einen geschickten Schachzug der Physiokraten erblickt, um — bei aller Verachtung der Landwirtschaft — doch die bevorrechteten Klassen zu treffen.

Weitere Forderungen der Physiokraten sind neben den wirtschaftlichen Verhältnissen aus der philosophischen Richtung, die im 18. Jahrhundert vorherrschend war, zu erklären. Der Name Physiokratie besagt nichts anderes als: die natürliche Ordnung soll die herrschende sein. Diese natürliche Ordnung sei von Gott gesetzt und daher gut. Sie bestehe aber in der möglichst weitgehenden Freiheit des Individuums. Das — von Natur selbst ist jeder gut — am besten bestimmen könne, was ihm frommt. Die Ausgaben des Staates ergeben sich nach dem Gesagten von selbst — sie haben sich auf ein Minimum zu beschränken. Der Staat sei eine lästige Notwendigkeit, er habe nur die Sicherheit des Einzelnen an Leib und Leben sowie an Eigentum zu schützen. Neben der philosophischen Grundlage begünstigten natürlich auch die wirtschaftlichen Verhältnisse das Aufkommen des sog. Individualismus. Die stete Bevormundung durch den Staat, sein Eingreifen in alle Verhältnisse, lassen uns die starke Betonung eben des individualistischen Prinzips erklärlich erscheinen. Der Physiokratie mußte dieses Eingreifen ein ungerechtfertigtes Einmischen in die natürliche und daher sittliche Weltordnung bedeuten. Auf das wirtschaftliche Gebiet übertragen, empfand sie daher den weitgehenden Schutz des Handels, die Protektion des Gewerbes als unzulässig. Unmöglich konnte durch diese Störung der natürlichen Ordnung etwas Gutes entstehen, wie dann überhaupt das tödliche Eingreifen der Menschen Schuld an allem Unglück sei.

Die Physiokraten erkannten wohl, daß ihr System sich nicht einer bestehenden Volkswirtschaft anpassen lasse — daß es eine abstrakte Theorie war. Die kosmopolitischen Ideen, welche die tatsächlichen politisch-nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse gar nicht berücksichtigten, paßten ihnen selbst nicht, wenn sie konkrete Forderungen zur Hebung der heimischen nationalen Landwirtschaft aufstellten. So zögerten sie durchaus nicht, einen Getreibeimportzoll zu fordern, falls das inländische Getreide unter eine bestimmte Preisgrenze fiel.

Wir haben die physiokratische Lehre etwas eingehender dargestellt, als es ihrer praktischen Bedeutung entspricht, die gleich Null war. Wir haben es getan, weil sie die unmittelbare Vorläuferin des wirtschaftlichen Liberalismus ist, der in seinen Grundlagen auf ihr weiterbaut. Zu einer größeren Anhängererschaft hat es die Physiokratie nie bringen können — dazu waren ihre Lehren zu abstrakt, vielfach auch zu unklar und zu verworren. Eine Kritik des individualistischen Prinzips erübrigt sich hier, wir werden sie bei der Behandlung des wirtschaftlichen Liberalismus nachholen.

Klarer in seinen Ausführungen und konsequenter in seinen Forderungen ist Adam Smith, der Begründer der liberalen Schule in der Nationalökonomie, geworden. Als erstes Prinzip in seinem Lehrgebäude tritt uns der unbeschränkte Individualismus entgegen. Hier tritt er unbedingt in die Fußstapfen der Physiokraten. Der Staat hat demnach kein Recht in die freie Selbstbestimmung des Einzelnen irgendwie einzugreifen. Daher die Forderung der unbeschränkten Handels- und Vertragsfreiheit. Die Physiokratie hat in ihrer Lehre nicht in klarer Weise die Forderung des Freihandels skizziert. Adam Smith und mit ihm der neorealistische Liberalismus tut es. Nach seiner Ansicht ist es verfehlt, daß sich die Staaten zum Schutz der eigenen Industrie gegenseitig abschließen. Öffnung der Grenzen, Konkurrenz auf allen Gebieten und mit allen wird einen bestrebendsten und harmonischen Zustand herbeiführen. Gilt dies für das gewerbliche, so auch für das soziale Leben. Es ist durchaus nicht angängig, daß der Staat augenblicklich einer bestimmten Klasse etwas unternimmt, sie vielleicht gegen die Ausbeutung durch andere schützt. Unternehmer und Arbeiter stehen sich als durchaus gleichwertige Kontrahenten gegenüber. Im freien Arbeitsvertrag haben sie Leistung und Gegenleistung zu bestimmen. Es steht dem Arbeiter frei, seine Arbeit zu ver-

Stickstoff-Dyde.

Stickstoff und Sauerstoff sind in ihrer überwiegenden Menge die Hauptbestandteile der uns umgebenden Luft. Dieselbe enthält etwa 79 Prozent Stickstoff, 20 Prozent Sauerstoff, außerdem etwa 1 Proz. Kohlenäure und ganz geringe Mengen erst in neuester Zeit entdeckter Gase, wie das Neon, Argon, Krypton, Helium, Xenon.

Es ist wohl zu beachten, daß Stickstoff und Sauerstoff in der Luft keine chemische Verbindung darstellen, sondern, daß die Luft nur ein Gemenge dieser beiden Gase ist. Diese Tatsache kann durch Experimente verschiedenartig bewiesen werden. Ein äußerst einfaches und ein einleuchtendes Experiment ist das folgende: Man füllt eine Gasglocke bereit in eine mit Wasser gefüllte Porzellanrinne, daß die Glocke 2-3 Zentimeter in das Wasser eintaucht. Auf dem Wasser unter der Glocke befindet sich auf einem geeigneten angebrachten Unterfuß ein Stückchen weißer Phosphor. Diesen Phosphor entzündet man; derselbe brennt sehr rasch und verzehrt den unter der Glocke befindlichen Sauerstoff. Das Wasser steigt nun in der Glocke in dem Maße in die Höhe, als der Sauerstoff verzehrt wird. Am Schluß kann man konstatieren, daß etwa ein Fünftel der unter der Glocke befindlichen Luft verschwunden ist; dieser scheinbar verschwundene Teil war aber in der Luft enthaltene freie Sauerstoff, welcher nunmehr an den Phosphor gebunden ist. Es hat sich Phosphorsäure gebildet, welche in dem Wasser gelöst ist und dort nachgewiesen werden kann, während die unter der Glocke verbliebene Luft in der Hauptsache aus reinem Stickstoff besteht; Stickstoff und Sauerstoff haben also frei neben einander existiert. Außerdem bilden Stickstoff und Sauerstoff eine Reihe von chemischen Verbindungen, von welchen ein Teil nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch in der Technik eine sehr große Rolle spielt; die wichtigsten hiervon wollen wir unsere Leser etwas näher schildern.

Da ist zunächst das Stickstoff-Dyde, oft auch,

Lachgas oder Lustgas genannt. Es wird rein dargestellt durch Destillation von reinem salpetrig-sauren Ammoniak: bei der Destillation zerfällt dieses Salz quantitativ in Stickstoff und Wasser. Das Stickstoffdyde ist ein farbloses Gas, und wurde früher vielfach als Betäubungsmittel namentlich von Zahnärzten angewandt. Die nächst höhere Oxydationsstufe des Stickstoffs ist das Stickoxyd. Dasselbe enthält mehr Sauerstoff als das Stickstoffdyde, ist gleichfalls farblos und wird gewonnen, wenn man gewisse Metalle zum Beispiel Kupfer, Quecksilber u. mit Salpetersäure erwärmt. Geht die Erwärmung in geschlossenen, vorher von Luft befreiten Gefäßen, so entwickelt sich das Stickoxyd als farbloses Gas. Bist man dieses Gas jedoch an die Luft ausströmen, so entwickeln sich sofort durch den Einfluß des Sauerstoffs aus der Luft die charakteristischen roten bis rotbraunen Dämpfe von Salpetrigsaure-Ammoniak, welche sehr erstickend wirken und für die Gesundheit äußerst gefährlich sind.

Diese roten Dämpfe werden in neuester Zeit aus der Luft in großem Maßstabe in der Weise hergestellt, daß man den elektrischen Lichtbogen durch die gewöhnliche atmosphärische Luft schlagen läßt, wobei sich Stickstoff und Sauerstoff chemisch vereinigen und die roten Gase, vielfach auch „Nitroxe-Gase“ genannt, bilden. Dieselben werden in Natronlauge oder auch Kalmilch geleitet, wodurch salpetrig-saures Natron bzw. salpetrig-saures Kali entstehen. Es ist auf diese Weise gelungen, den für die chemische Technik so überaus wichtigen Salpeter künstlich aus den Elementen der Luft darzustellen, sobald man keine Besorgnis mehr zu hegen braucht, daß nach Ausbeutung der Salpeterlager in Chile kein Salpeter mehr zu erhalten wäre. Nach genauen Schätzungen reichen die Salpeterlager noch etwa 40 Jahre; bis dahin ist die Technik vollkommen, daß vollständiger Ersatz für den Natursalpeter geschaffen ist.

Während, wie eben beschrieben, die Nitroxe Gase zu besonderen Zwecken künstlich dargestellt werden, entstehen diese

Gase auch in einer Reihe von chemischen Prozessen als lästiges Nebenprodukt, namentlich dann, wenn diese Prozesse unvorschriftsmäßig geleitet werden. Diese roten Gase sind ein sehr heimtückisches Gift, um so heimtückischer deshalb, weil ihre Wirkung meist nicht sofort, sondern erst nach Verlauf von mehreren Stunden eintritt. Es entstehen Reizungen der Luftröhre, Sticheusen, Krämpfe, die leider manchmal einen tödlichen Ausgang nehmen.

Die genannten Gase entstehen beim Weizen und Weizen von Metallen mit Salpetersäure, bei der Herstellung der sogenannten Nitroverbindungen, wie Nitroglycerin, Schießbaumwolle, Pikrinsäure und noch vieler anderer, ferner bei der Darstellung der sogenannten Diazoverbindungen in der Teerfarbenindustrie, wenn die chemischen Prozesse bei zu hoher Temperatur erfolgen. Außerdem entstehen Nitroxe Gase bei der Explosion vieler moderner Pulversorten und haben sich dort schon in sehr unliebsamer Weise bemerkbar gemacht. So konnte auf den Kriegsschiffen im russisch-japanischen Kriege mancher Unfall der Marineoffiziere auf die Einatmung der bei der Explosion der Geschosse entstandenen Nitroxe Gase zurückgeführt werden. Schließlich entstehen diese roten Gase überall da, wo Salpetersäure mit organischen Stoffen, wie Stroh, Holz, Zucker, Stärke u. in Berührung kommt. Die Salpetersäure wird heute fast nur in Glasflaschen aufbewahrt und transportiert, welche in mit Stroh ausgefüllten Fässern sich befinden. Beim Bruch dieser Flaschen entstehen massenhaft Nitroxe Gase, welche auf diese Weise schon manchmal Menschen das Leben kosteten. So wurden vor einigen Jahren beim Brande einer chemischen Fabrik in Berlin, wobei viele Salpetersäureflaschen zertrüben, verschiedene Feuerwehrleute vergiftet.

Aus all diesen Tatsachen ist zu entnehmen, daß überall, wo die Entwicklung von salpetrig-sauren Gasen stattfinden kann, größte Vorsicht geboten ist. In vielen Fällen leisten auch hier künstliche Sauerstoffeinatmungen gute Dienste. Dr. L.

laufen, dem Unternehmer sie anzunehmen. Die Arbeit ist nach dieser Lehre nichts anderes als eine Ware und ihr Preis wird nach demselben Gesetze bestimmt, wie der jeder anderen Ware auch: durch Angebot und Nachfrage.

Mit dieser Degradierung der Arbeit auf der einen Seite ist auf der andern wieder eine gewisse Ueberhöhung vorhanden, indem sie allein als produktiv, werkschaffend, anerkannt wird.

So wie sich dieser Liberalismus in dem Geistes und hat, ist er durchaus materialistisch. War die Phylaxie nur individualistisch, so trat hier noch jene andere Eigenschaft. Das Handeln des Menschen wird einzig und allein durch seinen Vorteil bestimmt — der Egoismus ist das treibende Motiv. Andere Momente, insbesondere ethische, religiöse, oder auch nur nationale haben keine Geltung. Man muß diese Tatsache berücksichtigen und man wird erkennen, daß in dem, was wir heute Kapitalismus nennen, gerade diese materialistische Tendenz noch sehr stark vertreten ist und neuerdings wieder festeren Boden gewinnt.

Es war ein Unglück sondergleichen, daß die Lehre zum unbeschränkten Siege gelangte, als in dem Hauptindustrieland — in England — eine wirtschaftliche Umwälzung einsetzte, die auch auf die soziale Struktur von der weitgehendsten Bedeutung war. Der Kleinbetrieb wurde durch den Großbetrieb verdrängt, der Handwerker durch den Großunternehmer und Kapitalisten. Die neue Lehre hat nichts getan, was diesen Uebergang gemildert hätte, im Gegenteil! Sie riß das Volk schonungslos nieder, ohne etwas Neues an dessen Stelle zu setzen. Die Vorkämpfer dieses neuen Wirtschaftssystems waren übrigens von historischem Verständnis nicht allzu sehr beschränkt; ihr ganzes Streben ging dahin, an die Stelle einer geregelten Produktion, welche in richtigen Verhältnissen zur Nachfrage stand, die schrankenlose Konkurrenz zu setzen. Der wirtschaftliche Liberalismus ging dabei von der Voraussetzung aus, daß durch sie in jedem einzelnen Falle Platz gemacht werde für den Tüchtigsten. Der weniger Tüchtige — so argumentierte er — werde vertrieben von dem Tüchtigeren. Die Entwicklung ging aber einen andern Weg. Nicht als ob nicht auch einmal wirklich der Leistungsfähige obenan gekommen wäre — im allgemeinen aber war es der Kapitalkräftigere, der den ersten Platz einnahm. Es ist eine alte Plage des wirtschaftlichen Liberalismus — und sie ist erst kürzlich durch Alexander Tille wieder aufgewärmt worden — daß er an Stelle des Kapitalkräftigsten immer den „Leistungsfähigeren“ setzt. Diese Behauptung wird durch die immer mehr zunehmende Unterpersonifikation des Kapitals und der Unternehmungen hinreichend charakterisiert.

Die eintretende schrankenlose Konkurrenz, der Kampf aller gegen alle, schlug den Unternehmern selbst die tiefsten Wunden. Die Preise erreichten einen Tiefstand, der durch die Produktionssteigerung nicht mehr einzuholen war. Da leistete dann die Lehre von der Vertragsfreiheit treffliche Dienste. Sie gestattete, den Arbeiter auf die schamloseste Weise auszunutzen. Der Sieg des Großbetriebs zwang viele handwerklich-nachgefragte Meister in seinen Schloß zu treten — Arbeitskräfte waren in reichem Maße vorhanden, das Gesetz von Angebot und Nachfrage trat in Tätigkeit. Da die „Ware“ Arbeit so reichlich angeboten wurde, daß noch eine große „industrielle Reservearmee“ zur Verfügung blieb, so waren die Preise gering, die Arbeitsbedingungen unzulässig. Es ist immerhin ein Verdienst von Karl Marx, daß er in seinem Kapital mit einer Fülle von Material die haarsträubenden Zustände aufgedeckt hat, wie sie sich in England unter der Herrschaft des liberalen Wirtschaftssystems einstellten. Der Lohn des Familienvaters genügte nicht zur Ernährung, Frau und Kinder mußten ebenfalls in die Fabrik. Arbeitszeiten von 16 Stunden auch für Frauen und schwache Kinder waren nichts seltenes. Die Folge der schamlosen Ausbeutung waren menschenunwürdige Zustände in bezug auf Sittlichkeit und Gesundheit — ganze Landstriche wurden verwildert und verheert. Und dies alles bei der Vertragsfreiheit? Wird man uns entgegenhalten! Es stand doch dem Arbeiter frei, die Arbeit zu den angebotenen Bedingungen abzuschlagen! Warum tat er es nicht? Warum raubte er seinem Kinde die Jugend und die Gesundheit, warum der Frau ihre Würde und ihren Lebensmut? Er tat es, weil ihm nur die Wahl blieb, zu verhungern, oder sich den unwürdigsten Bedingungen zu beugen. Wenn er diese Wahl hätte, so gab ihm der Unternehmer keine besseren, denn es waren genug da, die froh waren, sie zu erhalten. So sah es mit der Vertragsfreiheit aus, von der sich trefflich bei vollen Schiffeln reden läßt. Tatsächlich kann von einer solchen keine Rede sein, solange der einzelne Arbeiter dem Unternehmer gegenübersteht. Die materielle Besserstellung dieses wird ihm immer ein Uebergewicht über den einzelnen Arbeiter verleihen.

Das furchtbare Prinzip, das die geschilderten Zustände hervorgerufen hat, ist in erster Linie in der Degradierung der Arbeit zu einer reinen Ware zu suchen. Diese Statuierung entspricht weder den Tatsachen, noch einer höheren Auffassung des Menschentums überhaupt. Die Arbeit kann von dem Menschen nicht getrennt werden, sie ist untrennbar mit diesem Wesen verbunden, das leben und sich freuen kann. Das Sklaventum des Leidentums war nicht schlimmer als dieser Satz — im Gegenteil! Wenn dem Besitzer des Sklaven auch keine sittlichen Beziehungen mit ihm verbanden, so war dieser doch ein Bestandteil seines Vermögens, den er schon im eigenen Interesse wenigstens in den meisten Fällen sorgsam behandelte. Nicht einmal dieses Interesse birbt unter der Magide des Liberalismus den Unternehmer mehr an den Arbeiter. Wenn dieser infolge Ueberarbeit bald fied und krank wird, so wird er eben entlassen, denn er ist ja persönlich frei! Eine sittliche Verpflichtung hindert den Unternehmer ja nicht, ihn restlos auszunutzen, ihn vegetieren zu lassen, wie... Ja, die Arbeit ist eine Ware, und wenn sie nicht mehr gut ist, wird sie weggedorfen.

Es hieß dem scharfmaschinistischen Teile unseres Unternehmertums zu viel Ehre an dem, wenn wir sagten, daß seine Auffassung von der Arbeit eine wesentlich verschiedene wäre von der des wirtschaftlichen Liberalismus! Keineswegs — man lese die Ausführungen eines Alexander Tille und man wird es glauben. Wenn es heute vielfach besser geworden ist, so beruht das auf zwei Ursachen: Auf der Selbsthilfe der Arbeiter und dem Schutz durch den Staat, nicht aber in der Gewinnungsänderung des Unternehmertums um Dr. Tille. Doch wäre es ein Unrecht, alle Unternehmer in einen Topf zu werfen. Gott sei Dank gibt es auch Unternehmer, die den Arbeiter als Menschen achten und die sittliche Verpflichtung ihm gegenüber anerkennen.

Eingabe der Grubenhandwerker und Maschinisten der Königl. Bayerischen Gruben der Westpfalz zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Wie anderswo, so sind auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Grubenhandwerker und Maschinisten auf den Königl. Bayerischen Gruben in der Westpfalz sehr verbesserungsbedürftig. Diese Arbeiter haben sich vor einiger Zeit dem christlichen Metallarbeiterverband angeschlossen, um sich so eine wirksame Interessensvertretung zu schaffen. Namens der in Frage kommenden Arbeiter wurde seitens der Bezirksleitung unseres Verbandes unterm 10. Oktober d. R. an die Königl. Bayerische Staatsregierung und an die beiden Kammern des Landtages eine Eingabe um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichtet, aus der wir folgendes entnehmen:

„Am 23. Juli 1910 ist bereits von Seiten der Grubenhandwerker und Grubenmaschinisten, vertreten durch die Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, Bezirk Saar und Pfalz, an die Königl. Bayerische Generaldirektion eine Eingabe betreffs Wünsche zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichtet worden. Da jedoch die damals geäußerten Wünsche noch nicht erfüllt sind, seien dieselben nochmals mit den Gesamtansprüchen hier aufgeführt.“

Die Mittel für die wirtschaftliche Besserstellung der Grubenhandwerker und Maschinisten werden für die Staat auch zahlenmäßig, durch Arbeitsfreudigkeit und erhöhte Arbeitsleistung, ein sich gut verzinsendes Kapital bedeuten. Staat und bürgerliche Gesellschaft haben an der sozialen und wirtschaftlichen Erhebung der Arbeiter der staatlichen Bergwerke der Pfalz ein großes Interesse und deshalb hoffen die Beteiligten, daß die Hohe Königl. Staatsregierung die Erhöhung und Regulierung der Löhne anordnet und den hohen Kammern des Landtages eine solche befürwortet.

Die Wünsche der Beteiligten sind folgende:

1. Erhöhung und Regulierung der Löhne nach Alter.

Alter:	Löhne:
16. Lebensjahr	2,50 M.
18.—19. "	3,00 "
19.—20. "	3,50 "
20.—22. "	3,80 "
22.—24. "	4,50 "
24.—26. "	4,80 "
26.—30. "	5,00 "
über das 30. Lebensjahr	5,50 "

2. Wird gewünscht, daß die Arbeitszeit der Maschinisten auf 8 und die der Grubenhandwerker auf 9 Stunden reduziert wird.

3. Für Ueberstunden wird 25 Prozent und für Sonntagsarbeiten, falls mehr als zwei im Monat vorkommen werden, 50 Prozent Lohnzuschlag gewünscht.

4. Ein weiterer Wunsch ist, daß wenn Arbeiter über 2 1/2 Kilometer weit von der Werkstätte zur Ausübung von Arbeiten beordert werden, dieselbe Schichtdauer wie unter Tage und ohne Mittagspause eingeführt und eventuell eine Zulage bewilligt wird.

5. Die Erweiterung des Arbeiterausschusses in der Form, daß auf jeder Grube, die eine Werkstätte und Maschinenabteilung besitzt, diese durch je einen Ausschußmann vertreten sein soll, wird ebenfalls gewünscht.

6. Begründung: Es ist für einen Ausschußmann unmöglich, der von mehreren Werkstätten und Maschinenabteilungen, die weit auseinander liegen, gewählt ist, die notwendigen Verbindungen mit seinen Kollegen, die er zu vertreten hat, aufrechtzuerhalten.

7. An den Grubenhandwerkern und Maschinisten ist es nunmehr, so zeigen, daß es ihnen ernst ist, mit ihrem Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen, indem sie bis auf den letzten Mann dem christlichen Metallarbeiterverband beitreten und auch treue und eifrige Mitglieder bleiben. Beharrliche Arbeit führt zum Ziel.

Böb hereingefallen

Ind die Schirmherren des Kassenmardertums. Hat sie die Blamage, die sie anlässlich ihrer Beschüßerrolle erlitten, schon in helle Wut versetzt, so sind sie vollends aus dem Häuschen geraten, nachdem sich herausgestellt hat, daß es mit der so viel gerühmten Geschäftsführung im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband nicht ganz stimmt.

Wer annimmt, daß die Geschäftsführung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes nichts zu wünschen übrig läßt, wer aus einem Mitgliedsbuch des sozialdemokratischen Verbandes, in dem keine Unterstufungen eingetragen sind, den einzig möglichen Schluß zieht, daß der Inhaber des Buches auch keine Unterstützung erhalten hat, der macht sich, der leichtfertigen Verbreitung von Unwahrheiten schuldig.

Das und nichts anderes bemüht sich Herr Hamann in einer Schimpfepistel in Nr. 265 des Pforzheimer Anzeigers und in Nr. 46 der roten Metallarbeiterzeitung seiner trauenden Mitwelt plausibel zu machen. In seiner Berlegenheit verwickelt er sich dabei aber immer mehr in — nun sagen wir mal, Widersprüche. So schreibt er, daß kein wahres Wort daran ist, daß er den Namen des Betroffenen, der

seiner Unterstützung erhalten haben soll, genau kenne. Wir wollen seinem Gedächtnis etwas nachhelfen. In seinem Leit- und Magenblatt, der „Pforzheimer Freien Presse“ Nr. 281 steht u. a. geschrieben:

„Klage in Sachen des Eduard Herzog, Zentralfassierer in Talsburg, Kläger, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Edwin Müller in Pforzheim, gegen... Hilfsarbeiter in Pforzheim, wegen Forderung...“

Zu der Klagegeschichte, die auf dem Büro des roten Metallarbeiterverbandes abgeschrieben wurde, steht vor dem Wort „Hilfsarbeiter“ der Name Michael Müller. Daran geht hervor, daß nicht dem Bierführer Michael Müller, sondern dem „Hilfsarbeiter“ die Klage galt. Herr Hamann behauptet aber dennoch, den Namen nicht zu wissen.

Die gleiche Durchführung der Doffentlichkeit wird versucht mit der Darstellung, als ob die Nichtertragung der Streikunterstützung von „großer gewerkschaftlicher und praktischer Erfahrung“ zeuge. — Das weiß jeder gewerkschaftliche We-Schütze, daß bei Streiks und Aussperrungen erst am Ende der Bewegung die Unterstützungen eingetragen werden, aber dann müssen die Bücher eingefordert und nicht früher wieder ausgegeben werden, bis die Unterstützungen eingetragen sind. Hier ist der Fehler, der beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband gemacht worden ist, wie das der Fall Müller beweist.

Dann beanstandet Herr Hamann unsere Quittungen, die mit Bleistift eingetragen sein sollen, und beruft sich auf das Zeugnis seiner „unfähigeren Kantontisten“. Ein solches Zeugnis ist von gleichem Wert, wie wenn ein Dieb darüber ausfragt soll, ob und wie viel er gestohlen hat. Das Amtsgericht Pforzheim hat durch den Dr. Amtsrichter Herrn Dr. Heinsheimer durch Beurteilung der Kassenmarke die Quittungen als rechtmäßig anerkannt, das genügt uns. Uebrigens werden im christlichen Metallarbeiterverband Beamte, die sich zum Arbeiterführer als unfähig erweisen, nicht gebildet, im sozialdemokratischen Verband werden solche Leute noch befördert. Den Beamten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Sandler und Spiegel hat seinerzeit das Landgericht Eberfeld Müge — Arbeiterverrat und Unselbstigkeit bekräftigt. Diese Leute zieren aber trotzdem bis dato noch die Reihen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbeamten.

Wo waren denn die „große“ Kenntnis und die „gewerkschaftliche“ Erfahrung der 7 oder 8 sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer einschließlic des Herrn Vorhölzer und seines gelehrigen Schülers, die im vorigen Jahre die Pforzheimer große Bewegung machten? Sie zeigten sich in der Verteilung der Arbeiterschaft zum Kontraktbruch — in der Bezahlung von 16000 M. Strafe in die Aussperrungskasse der Unternehmer — in der „Lügenparole“ — und im „Streikbruch“. In der Tat wirklich große Maßnahmen, die von ebenso „großer“ Erfahrung zeugen. Welchen Nutzen hatte die Arbeiterschaft und vor allem die organisierte Arbeiterschaft von diesen vielgerühmten „Fähigkeiten“ und „Kenntnissen“ sozialdemokratischer Führer?

Wie die Antwort: Mehr wie eine halbe Million Mark Arbeitergelber wurden verpulvert und der Erfolg war — Null! Die Beschäftigung der Kassenmarke durch die „Führer“ jenes Verbandes, der noch vor einigen Jahren eine Unterbilanz von 860000 Mark aufzuweisen hatte, der um diese Finanzkalamität zu beseitigen, erst die Unterstützungen kürzen und dann die Beiträge erhöhen mußte, reißt sich würdig an die bisherigen „Großtaten“ an.

Wir haben keine Lust, uns noch länger mit diesen Leuten in dieser Angelegenheit herumzusträuben, wir wollen aber dem Herrn Hamann Gelegenheit geben, vor Gericht für seine persönlichen Beleidigungen und Verleumdungen einzustehen. Es ist dies um so mehr nötig, als er die Sache mit den Arbeitern der Firma Kollmar und Jourdant, die ihm eine Strafe von 500 M. wegen Beleidigung und dazu noch die Kosten eintrug, anscheinend schon wieder vergeffen hat.

Zum Kapitel „Kassenmarder“

erhalten wir von einem Kollegen aus der Sagenen Gegend folgende Zuschrift:

Mit vollem Recht wurden in letzter Zeit durch mehrere Artikel im Verbandsorgan unsere Kollegen an die Pflicht erinnert, unsere Verbandskasse gegen den Mißbrauch egoistischer Freibeuter nach Möglichkeit zu schützen. Der überzeugte Gewerkschaftler, der jahraus jahrein nach besten Kräften dazu beiträgt, seine Verbandskasse leistungsfähig zu erhalten, kann unmöglich gleichgültig zusehen, daß diese von Leuten systematisch ausgenutzt wird, die erst dann von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt waren — als sie sich eines Tages in eine Aussperrung verwickelt sahen. All diese „Sparlamen“, die immer die „hohen“ Gewerkschaftsbeiträge zu sparen vorgaben, als die „ganz Schläuen“ und „Besserwisser“, die vorher mit den besten Beweisen nicht für den Organisationsgedanken zu haben waren, die werden auffallender Weise im Landumdrehen „überzeugte“ Gewerkschaftler — wenn sie auf Pfaffen stiegen. Sie alle sehen jetzt auf einmal ein, daß es trotz ihrer Erparnisse ohne Gewerkschaftskasse nicht geht. Die Leute sind plötzlich wie umgewandelt. Kaum ist der Aufnahmeschein ausgefüllt, da stehen sie auch schon als die ersten und eifrigsten in den vordersten Reihen des Kampfes. Marders ältere Verbandskollege ist schon geneigt, in dieser Situation sein Urteil über den Arbeitskollegen einer Revision zu unterziehen.

Da, der Kampf ist beendet, sogar ein namhafter Erfolg für die Arbeiter erreicht worden. Wer es ist doch eigentümlich; der Feuersifer bei einem großen Teile der durch den Kampf zum „überzeugten“ Gewerkschaftler gewordenen ist trotz des Erfolges merklich abgestumpft. Und der Grund? Es heißt jetzt den wöchentlichen Verbandsbeitrag leisten! Der „Sparlame“ von vordem will seine Beiträge lieber wieder „sparen“; der „Trübseliger“ steht sein Mitgliedsbuch schon wieder mit schmerzlichen Augen vor der Seite und er späht mit Schürst nach einer Gelegenheit aus, die es ihm gestattet, ohne allzuviel Aufsehen zu erregen sich wieder zu „drücken“. Das Ziel ist für diese Egoisten ja erreicht. Der Verband? — Der Wehr hat seine Schuldigkeit getan, der Wehr kann gehen! Nun wird doch wohl niemand behaupten wollen, daß Kollegen, die so handeln, sich aus Ueberzeugung und in ehrlücher Absicht den Gewerkschaften angeschlossen haben. Nein; diese Egoisten hatten offenbar nur die Gelegenheit wahrgenommen, von den in der Gewerkschaftskasse angesammelten, fäulverdienenden Groschen ihrer gewerkschaftlich organisierten Kollegen etwas mit abzubeckommen. Dieses Schmarotzertum verdient im Interesse aller vorwärts strebenden Kollegen die ent-

schlechtesten Beurteilung. Jeder einsichtige Gewerkschaftler kann es deshalb nur begreifen, wenn unsere Beamten die Verbandskasse nach Möglichkeit vor berattigen Elementen zu schützen bestrebt sind dadurch, daß sie allen Mitgliedschaften in solchen Fällen Unterstützung nur gegen Schuldschein ausstatten. Dieses Verfahren ist nicht unmoralisch, sondern nur eine durchaus berechnete und vollendete Maßnahme, um die Gelder der treuen Opferbereiten und ehrlichen Kämpfer in unserer Bewegung vor der Unmoral der Schmeicheleien und Schmarotzer wenigstens einigermaßen zu schützen.

Dies unmoralisch aber ist es, wenn selbst „freie“ Gewerkschaftsblätter ihre Spalten dazu hergeben, um das Klassenmarbectum noch in Schutz zu nehmen. Und wie abgrundtief muß erst ein rotes Parteiblatt gesunken sein, wenn es eben erst noch mit der ganzen Arbeitererschaft gemetzelnd gegen den Zwangsarbeitsnachweis gekämpft und dann gleich darauf die Klassenmarbectum verteidigt und Arbeiter direkt zum Betrage auffordert! Muß da schließlich nicht selbst einem auch nur noch einigermaßen mit Verstand begabten Genossen das Wort: „Proletariat aller Länder vereinigt Euch!“ wie blutiger Spott in den Ohren klingen?

Der Satz macht bekanntlich blind. Und der Satz gegen den christlichen Metallarbeiterverband hat führende Leute im roten Lager bereits soweit um Verstand und Ueberlegung gebracht, daß sie alle gewerkschaftlichen Grundzüge mit Füßen treten, wenn sie dadurch den „Christlichen“ Schaden können. Und doch kann der rote Verband nicht ableugnen, daß auch er trübe Erfahrungen mit dem Klassenmarbectum gemacht hat. Ja, er gibt sogar zu, daß auch er sich gegen diese Schädlinge zur Wehr gesetzt hat — aber ohne Erfolg. Man aber, wo der christliche Metallarbeiterverband einen erfolgversprechenden Weg eingeschlagen um den Parasiten der ganzen Gewerkschaftsbewegung beizukommen — da wird der rote Metallarbeiterverband gelb vor Neid, da verfällt er in die Rolle des leidenden Bölers, der selbst nicht mag und anderen nicht gönnt; da nimmt er dieselben Parasiten die auch die Beitragswächser seiner Mitglieder nicht verschmähen in Schutz.

Unter allen Umständen gegen den christlichen Verband, das ist die Hauptsache, da macht man bald rechts, bald links, wie es gerade paßt. Dafür ein Beispiel: Als Schreiber dieses noch Mitglied des sog. „Deutschen“ in Wirklichkeit aber sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes war, ging man in der roten Verwaltungsstelle gegen z. B. gegen angeklagte „Klassenmarbectum“ ganz eigenartig vor. Hatte sich da ein Mitglied erdreißet, das rote Lager — wo Freiheit und Schwärzlichkeit oft nicht allzusehr harmonisch zusammenwirken — zu verlassen, so wurde im Büro eine Karte, worauf Namen, Beitragsleistung und die bezogene Unterstützung des Flüchtigen getreulich verzeichnet waren, aufgehängt, damit jeder im Büro verkehrende Kollege geübend Notiz davon nahm. Der Zweck der Übung war der: Der Ausgetretene wurde dadurch in aller Form der „Hebervollen“ Aufmerksamkeit und „Fürsorge“ der roten Mitglieder empfohlen. So verfuhr man damals in der roten Verwaltungsstelle gegen unter Leitung des durch den Hagen-Gründler Rütich bekannt gewordenen Führers, den man mit Vorliebe „unser Fritz“ nannte. Aber so sind unsere Genossen einmal: Wer nicht unter allen Umständen mit ihnen durch die Hintertür marschieren, der wird „entsprechend behandelt“, nach kapitalistischer Scharfmachermanier fordern sie von jedem Mitglied das Opfer der eigenen Ueberzeugung. Die wirklichen Parasiten der Arbeiterbewegung hingegen, die Klassenmarbectum, erfreuen sich selbst des Schutzes der Genossen vor dem Kabi, wenn organisierte Kollegen mit anderer Ueberzeugung dadurch geschädigt werden können. Fürwahr, eine traurige Gesellschaft!

Metallarbeiter! Berufscollegen! Wie lange noch wollt ihr diesem, die Interessen unseres Standes aufs Schwerste schädigenden Treiben der roten Parteimechle tatenlos zusehen? Macht auf, noch ist es Zeit. Schließt euch an dem christlichen Metallarbeiterverband; denn nur dieser kann für einen vorwärts strebenden Metallarbeiter als einzige neutrale, wirklich positive Gewerkschaftsarbeit leistende Berufsorganisation in Frage kommen.

Solidarität und Genossen.

Unter der schönen Ueberschrift „Die Solidarität der Christen“ brachte der sozialdemokratische „Volkswille“ in Hannover einen Bericht über die Vorgänge auf dem königlichen Hüttenwerk Rothehütte im Harz, wo die dem christlichen Metallarbeiterverbände angehörenden Formner mit Zustimmung des Bezirksleiters Buchner aus Hannover Streikarbeit für die Hölzer Eisenhütte gemacht haben sollen. Da die Darstellung in dem sozialdemokratischen Blatt nicht der Wahrheit entsprach, wurde ihm durch unseren Bezirksleiter folgende Berichtigung zugesandt:

„Es ist 1. un w a h r, daß, wie sie sie schreiben, um die Zeit, als auf der Hünterhütte die christlichen organisierten Formner infolge Differenzen mit ihren Arbeitgebern in den Streik traten, sich die Formner der Rothehütte dem christlichen Metallarbeiter-Verband angeschlossen haben.“

„Es ist 2. un w a h r, daß die Formner der Rothehütte bei Uebernahme der Streikarbeit für die Hünterhütte dem christlichen Metallarbeiter-Verband angehört haben.“

„Es ist 3. un w a h r, daß die Formner der Rothehütte, als ihnen das Verwerfliche ihrer Handlungsweise zum Bewußtsein gekommen sei, sich den Oberchristen Buchner aus Hannover gekollt haben, um von ihm Rat und Verhaltensmaßregeln zu erhalten.“

„Es ist 4. un w a h r, daß ich gesagt habe: „Ja, da ist schlecht etwas zu machen, verweigert ihr die Streikarbeit, dann werdet ihr entlassen.““

„Es ist 5. un w a h r, daß ich meine Einwilligung dazu gegeben haben soll, daß die inzwischen dem christlichen Metallarbeiterverband beigetretenen Formner der Rothehütte Streikarbeit verrichteten.“

„Es ist 6. un w a h r, daß ich den Formnern der Rothehütte Kargemacht haben soll, sie dürften keine Solidarität üben, im Gegenteil sind von mir alle irgendwie Erfolg versprechenden Wege eingeschlagen worden, um die Herstellung von Streikarbeit für die Hölzer Eisenhütte, nicht die Hünterhütte, zu unterbinden.“

Wer aber nun glaubt, die Redaktion des „Volkswille“ sei so anständig gewesen, diese Berichtigung gleich zu bringen, der schätzt die Herrschaften zu hoch ein, im Gegenteil bedurfte es erst des Eingreifens einer andern Instanz, um das Genossenblatt dazu zu bewegen, seine unwahren Darstellungen zu berichtigen. Die Redaktion versuchte dann durch einen längeren Zusatz die Wirkung der Nichtigstellung abzuschwächen und greift dabei zu

neuen Unwahrheiten. Wer die Gepflogenheiten der Sozialdemokraten kennt, ist darüber nicht weiter verwundert.

Damit aber unsere Freunde sehen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, wollen wir in aller Kürze die Sachlage schildern.

Bekanntlich soll die staatliche Rotheshütte wegen mangelnder Rentabilität verkauft werden und ist bereits ausgeschrieben. In diesem Sommer klagen die Arbeiter über Arbeitsmangel und schlechte Verdienste. Auf einmal wurden Mobelle aus Schloss Holte dorthin geschickt, wofür die Kollegen streikten. Seitens der Bezirksleitung des christlichen Metallarbeiterverbandes wurden die Arbeiter in Rotheshütte dann über den Ursprung der Arbeit informiert und darauf schlossen sich anfangs 7 Mann intern Verbände an, das war im August, während der Streik auf der Hölzer Hütte bereits im April begonnen hat.

Wenn die dortigen Arbeiter die Streikarbeit verweigert hätten, wäre uns das sehr erwünscht gewesen, aber sie waren nicht organisiert, wir hatten keinerlei Einfluß auf die Leute. Andererseits lagen die Dinge auch so, daß die Hüttenverwaltung es gern gesehen hätte, wenn die Leute die Arbeit verweigert hätten, denn dann war die Verwaltung die Arbeiter los, denn auf Wiederbeschaffung brauchten sie nicht zu rechnen, da ja wieso die Hütte schon des öfteren den Arbeitern nahe gelegt hat, vor andere Arbeit sinde, Wonne ruhig gehen. Wer hätte nun die Verantwortung für die Folgen der Arbeitsniederlegung übernehmen wollen, zumal dort keinerlei andere Hüttenindustrie vorhanden ist und die Arbeiter meistens alle ein Elementum besitzen, daher nicht so ohne weiteres losgehen können.

Andererseits steht es aber auch fest, daß gerade die sozialdemokratischen Verbände bei Staatsbetrieben nicht die besten Konsequenzen aus dem Solidaritätsgefühl ziehen. Man braucht sich nur an das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes anlässlich der Entlassung einiger Vertrauensmänner auf der Wilhelmshavener Werft zu erinnern, wie war es denn da? Dort wurden Mitglieder dieses Verbandes entlassen, haben denn da die sozialdemokratischen Metallarbeiter aus Solidaritätsgefühl zum letzten Mittel, zum Streik gegriffen, um die Wiederbeschaffung der Leute zu erzwingen? Die Gefahr einer dauernden Stilllegung des Betriebes bestand doch hier ganz und gar nicht! Große Versammlungen hat man abgehalten, große Töne riefert, dann im Reichstag ordentlich geschimpft, aber weiter ging's nicht hin! Und dieselben Leute wollen anderen Organisationen mangelndes Solidaritätsgefühl zum Vorwurf machen!

Wie aber selbst Sozialdemokraten über die beispielweise vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband geübte Solidarität urteilen, beweist uns ein sozialdemokratisches Verbandsblatt, der „Stahlwarenarbeiter“, aus Solingen, der in Nr. 43 folgendes über den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband schreibt: „Pfiu über eine solche Gesellschaft, die öffentlich Solidarität verkünden läßt, und heimlich den erbärmlichsten Verrat übt!“ Dasselbe sozialdemokratische Gewerkschaftsorgan schreibt weiter über den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband: „Judas Ischariot verriet seinen Herrn und Meister für 30 Silberlinge, der Deutsche (sozialdemokratische) Metallarbeiterverband verkaufte die Interessen der Solinger Arbeiterschaft für 18!“

Hier findet also der sozialdemokratische „Volkswille“ ein dankbares Gebiet, wo er seinen eigenen Genossen mal das Gefühl für Solidarität beibringen könnte. Die christlich-nationale Arbeitererschaft verzichtet auf die Erziehung durch die Genossen und ihre Presse, denn wir haben den Wolf im Schafspelz längst erkannt.

Aus der Arbeiterbewegung.

Eitliche Werte der Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung schafft (neben wirtschaftlichen) auch geistige Werte. „Wissen ist Macht“. Das ist auch ihr Wahlspruch geworden. Man zeige uns die Bevölkerungsklasse im industrialisierten Staat, die aufrichtiger, energischer nach Vervollkommen ihrer Einsicht in alle Gebiete des Wissens — soweit das tägliche Leben in Betracht kommt — verlangt, die mehr Opfer dafür bringt, die sich verhältnismäßig schneller geistig emporarbeitet, als die Arbeiterwelt! Die Arbeiterbewegung erzeugt führende Geister für die Leitung unseres Wirtschaftslebens, für unser Gemeinwohl und Staatsleben auch ohne akademische Bildung. Die Arbeiterbewegung läßt Millionen inneren, geistigen Anteil nehmen an der Fortentwicklung der Menschheit.

Die christliche Arbeiterbewegung insbesondere schafft in allen Zweigen teils unmittelbar, teils mittelbar auch moralische Werte; sie ist nicht wie die sozialdemokratische einseitiger Klassenegoismus auf Grund des sozialdemokratischen Klassenkampfes. Die Sozialdemokratie fordert nur von der Gesellschaft und verweigert gleichzeitig die Mitarbeit an ihrem Fortkommen, insoweit die unumgängliche staatliche Arbeit in Frage steht. Leidenschaftlich pocht sie auf ihr Recht, von der Pflicht hört man weniger oder gar nicht. Sie würde unfruchtbar, ja verhängnisvoll für die Kultur, wenn sie einmal vom Kritizieren und Fordern zu aufwendenden Leistungen für die Gesellschaft übergehen müßte. Dazu sind ihre Anhänger nicht erzogen. Die Revolution zerstört, aber baut nicht auf.

Ganz anders die christliche Arbeiterbewegung. Sie schätzt auch die geistig-sittlichen Werte richtig ein, sie baut einen eigenen Zweig ihrer Bewegung aus, um speziell diese zu erhalten und zu fördern. Es sind die konfessionellen Arbeitervereine, die religiöse Werte pflegen, zu Charakteren erziehen und dem Leben die höhere Weisheit erhalten helfen. Aber auf natürlichem Gebiete und mit natürlichen Mitteln wirken auch die Gewerkschaften sittlich fördernd ein auf ihre Anhänger. Sie pflegen den Gemeininn, bekämpfen den Alkoholismus und lehren das Leben von der ernsten Seite nehmen. Und in ihrer Arbeit für das materielle Wohl der Arbeiterschaft gehen sie nicht aus dem Gedanken des Klassenkampfes, sondern von der Solidarität des gesamten Wirtschaftskörpers, von der Gleichberechtigung des Unternehmers und des Arbeiters bei Festsetzung der Lohnbedingungen, von dem Bestreben des gegenseitigen Sicheresehens und des Ausgleiches der Interessen. Der Gedanke der Pflicht der Solidarität gegenüber Gewerbe, Volk und Staat kommt hier grundsätzlich ganz anders zum Ausdruck. (Aus dem Artikel: Die Arbeiterbewegung als Kulturfaktor, im Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften 1912.)

„Ein christliches Sündenregister“.

Unter dieser Etichmarke geht ein Artikel durch die sozialdemokratische Presse, der ein „Gegengift“ gegen die im Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften veröffentlichte Liste verurteilter sozialdemokratischer Verleumdiger und Terroristen sein soll. Die darin mitgeteilten Tatsachen können wirklich nicht als Entschuldigung der verurteilten Genossen dienen und sind, soweit zu übersehen, zum Teil verböhrt, zum Teil direkt unwahr. Es wird z. B. unter anderem angeführt, der christliche Knappschafstälteste G o e r t e - O s t e r f e l d sei mit einer Verleumdungsklage gegen einen Genossen abgewiesen worden. Als wenn das ein Gegenstand zu den verurteilten Genossen wäre. Dann wird berichtet, das christliche Ausschussmitglied P h i l i p p S c h m i d t der Zeche Kontordia sei ebenfalls mit einer Verleumdungsklage abgewiesen. In Wirklichkeit ist der Genosse, der ihn beleidigte, in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Weiter wird über „D r e h m und F r i e d r i c h“, zwei getreue Exakte der „Christlichen“ in Bochum“ berichtet, die ebenfalls Haare hätten lassen müssen. Drehm und Friedrich gehören gar nicht zu den Christlichen, sondern waren früher im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband und sind ihrer Angabe nach dort ausgetreten, weil ihnen dessen Wirtschaft nicht paßte. Der Bergknappentribunale Z m b u f c h habe Strafe zahlen müssen, wird weiter erzählt. Wann, wird vergessen. Es ist schon recht lange her. Damals wurden die Aufsehen erregenden Tatsachen in 30 000 Mark-Prozess festgestellt. Und noch bei einer anderen Gelegenheit zahlte Zmbusch 50 Mark. Als nämlich der „Bergknappe“ feststellen konnte, daß sieben Zeugen des sozialdemokratischen Verbandes unter Eid objektiv unwahre Aussagen gemacht hatten. Nebenbei bemerkt erhielt der „Genosse“ Pokorny eine Geldstrafe, weil er glaubte, Zmbusch einen Arbeiterverleumdung zu dürfen. Seine Widerklage gegen Zmbusch wurde abgewiesen. Im übrigen enthält die von der sozialdemokratischen Presse zusammengesprockelte „christliche Strafliste“ eine ganze Anzahl Fälle, die mit der Gewerkschaftsbewegung zu tun haben.

Mundschau.

Im Reichstag sprach Kollege Beder eine Lanze für die Sicherstellung des Koalitionsrechtes. Er besprach u. a. die Vorkommnisse in M.-Glabbad und auf der Gutshofnungshütte. In M.-Glabbad sollten bekanntlich unsere Verbandsmitglieder durch unterschreiben eines Averses zum Austritt aus dem christlichen Metallarbeiterverband gezwungen werden. Kollege Beder folgte ganz richtig:

„Aber so gut derjenige bestraft wird, der einen anderen zwingen will, sich zu koalieren, so gut muß auch derjenige zur Rechenschaft gezogen werden, der von einem anderen verlangt, sich nicht zu koalieren. Diejenigen, die es nicht fertig bringen, ein von der Gesetzgebung verliehenes Recht zu respektieren, müssen nötigenfalls durch das Gesetz zur Raison gebracht werden.“

Beder verurteilte aber nicht nur den Terrorismus der Unternehmer und forderte Schutzmaßnahmen hergegen, sondern er verurteilte mit Recht auch das terroristische Gebahren der Sozialdemokratie. Mit großem Geschick nagelte er die Genossen auf ihre Unzulässigkeit fest, indem er die sozialdemokratischen Schandstaten aus Staatsbetrieben dem Reichstag unterbreitete. Nach dem Parlamentsbericht der „Köln. Volkszeitung“ führte Kollege Beder hierzu aus:

„Es ist doch, um nur ein Beispiel anzuführen, soweit gekommen, daß Buchdrucker, die im Guten b e r g u n d organisiert sind, sich im Betriebe der Reichsdruckerei einfach nicht zu halten vermögen. (Hört, hört!) Mehr als einmal ist es vorgekommen, daß Mitglieder des Gutenbergbundes tränenden Auges zur Zentrale gekommen sind, und gesagt haben: „Liebe Freunde! Es ist mir nicht mehr möglich, ich muß aus dem Gutenbergbund austreten und dem sozialdemokratischen Verband beitreten, sonst kann ich nicht in der Reichsdruckerei bleiben.“ (Lebhaftes Hört, hört!) Da müßten Sie, wenn Sie das Koalitionsrecht nicht nur für die sozialdemokratischen Arbeiter haben wollten, konsequenterweise an den Reichslangler die Frage richten: Was gedenkt der Reichslangler zu tun, um die

christlich organisierten Arbeiter in der Reichsdruckerei zu wahren gegen die Angriffe der Sozialdemokratie. (Stürmischer Beifall im Zentrum und rechts, Zurufe: „Scharfmacherei!“ bei den Sozialdemokraten, Zuruf rechts: „Nein, keine Scharfmacherei, sondern ein Notschrei!“)

Sie (zu den Sozialdemokraten) sind ja sonst immer, wenn Sie wirkliche oder angelegliche Mißstände zur Sprache bringen, und wenn Ihnen der Vorwurf gemacht wird, daß Sie alle Augenblicke mit diesen Sachen kommen, mit dem Einwand zur Hand: Beseitigen Sie doch diese Mißstände, und wir werden Sie dann mit diesen Dingen nicht mehr belästigen! Genau so sage ich heute zu Ihnen (zu den Sozialdemokraten): Beseitigen Sie doch zunächst mal die Mißstände, über die wir uns zu beklagen haben.“

Diese Kennzeichnung hat die ganze rote Prekmeute gewaltig in Harnisch gebracht und sie faßelt von einer „Scharfmacherei“. Das ist natürlich Unsinn und darauf berechnet, die blindgläubigen Genossen im Lande gruselig zu machen. Solange die Sozialdemokratie ihr terroristisches Treiben einstellt, sind solche Ueberungen nicht mehr nötig. Solange die roten Volksbeglückter aber fortfahren in ihrer Verblendung, Anbetragsgeinnute zu terrorisieren, werden wir nicht ruhen und nicht rasten, bis dem ein Hägel vorgeschoben ist. Daß das ganz gut ohne Judthausgesetz geht, lehrt die Reichsversicherungsbewegung.

Die beröhmte Lohnbüte war Gegenstand einer Klage vor dem Berliner Gewerbegericht. Eine Firma pflegte den Lohn in Lohnbüten zu zahlen. Auf den Büten stand: „Liegender Lohnbetrag ist in Gegenwart des Zahlmeisters zu prüfen. Nachträgliche Reklamationen bleiben unberücksichtigt.“ Nun behauptete ein Arbeiter, in seiner Büte habe er statt der aufgeschriebenen 40,35 M. nur 35 Pfg. gefunden. Er hatte den Inhalt der Lohnbüte zwar nicht in Gegenwart des Zahlmeisters nachgezählt, aber doch gleich nach dem Empfang beim Einansgehen im Beisein eines Zeugen. Das Gewerbegericht sprach dem Arbeiter die 40 Mark zu. Der Vermerk auf der Büte, so führte das Gericht aus, sei eine einseitige Bekanntgabe der Firma. Es ist nichts dafür beigebracht, daß der Inhalt des Vermerkes Bestandteil des Arbeitsvertrags geworden ist. Auch wenn dies der Fall wäre, so würden die Worte „Nachträgliche Reklamationen bleiben unberücksichtigt“, belegen, daß die Firma dann die Zahl

lung teufelgera wird, aber nicht, daß der Arbeiter verzichtet. Aus der Nichterfüllung der Pflicht, in Gegenwart des Hauptleiters zu prüfen, folge nur eine Umkehrung der Beweislast. Wenn sonst der Unternehmer für die richtige Zahlung beweispflichtig ist, so muß jetzt der Arbeiter beweisen, daß der Lohn nicht richtig gezahlt ist. Dieser Beweis ist durch den Zeugen geführt worden.

Der Ausschuss für den Berliner Gewergericht. Bei einer Berliner Firma war einem Former ein Stück „Irrat“ geworden. Es wurde ihm zwar bezahlt, jedoch mußte er das Stück neu machen. Für die neuangefertigte Arbeit bekam er kein Geld, obwohl sie brauchbar war. Auf Anraten seines Meisters klagte er am Gewergericht. Dem Gericht war nach der Berliner Volkszeitung eine grundsätzliche Entscheidung offensichtlich unangenehm, denn drei Termine waren bereits gewesen ohne eine Entscheidung zu bringen, und im letzten Termine versuchte der Vorsitzende ebenfalls einer solchen aus dem Wege zu gehen. Des langen Verhandels milde, schlossen die Parteien einen Vergleich haltend, daß der Former für jeden Tag, den er an dem zweiten Stück gearbeitet hat, fünf Mark erhält.

Aus der Metallindustrie. Die Westfälischen Kraftwerke in Sangerhausen erzielten einen Reingewinn von 741 832 M. (730 672 M.). Abschrieben werden 173 326 M. für Gewinnanteile und Beschlagnahmen werden 91 551 M. verwendet, zur Mitalage gehen 5500 M., die Aktionäre erhalten 10% Dividende gleich 320 000 M. wie im Vorjahre und vorgetragen werden 316 116 M. (171 852 M.). — Die Westfälische Gruben- und Hüttenwerke verteilten wieder 9 Proz. Dividende wie im Vorjahre. Obwohl eine höhere Dividende möglich gewesen wäre, hat die Verwaltung, wie die Köln. Zeitung schreibt, mit Rücksicht auf die allgemeine Lage hiervon abgesehen. Der Mehrertrag soll zur weiteren Stärkung der stillen Rücklagen sowie zur Begründung eines Unterstützungsfonds durch Zuweisung von 20 000 M. verwendet werden. Gleichzeitig wird der Gewinnvortrag von 85 000 M. auf 100 000 M. erhöht. — Der Abschluß der Berliner A.-G. für Eisengießerei und Maschinenfabrikation ergab einen Reingewinn von 298 012 M. und einen Reingewinn von 100 383 M. Daraus sollen 4% Dividende verteilt werden. — Die Maschinenbau-A.-G. Markt-Neuwitz erzielte nach 71 087 M. Abschreibungen einen Reingewinn von 135 114 M., aus dem 7 1/2% Dividende verteilt werden sollen. — Der Abschluß der G. Seebach A.-G. Schiffswerk, Maschinenfabrik und Trockenbocks in Gesehens-Bremerhaven ergibt nach 250 000 M. (i. B. 184 004 M.) Abschreibungen einen Reingewinn von 261 000 Mark, dessen Teuag aus den vorhandenen Rücklagen gesehen kann, die insgesamt 520 000 M. betragen (im Vorjahre verblieb ein Reingewinn von 9747 M., der zuzüglich 66 617 Mark Vortrag aus dem Vorjahre mit zusammen 76 364 Mark vorgetragen wurde). Das schlechte Ergebnis erklärt die Verwaltung als Folge der Nachteile aus dem Streik in den Monaten August-Oktober 1910 den danach erfolgten Lohn-erhöhungen unter gleichzeitiger verkürzter Arbeitszeit, wofür nicht sofort Ausgleich zu schaffen war, und als Folge weiterer Verlegung des Betriebs nach der neuen Werkst.

Eine dunkle Geschichte. Unter diesem Stichwort berichten wir in unserer Nr. 44, daß nach dem „Regulator“ der sozialdemokratische Metallarbeiterverband von den Unternehmern nicht sechsstaufend, sondern echnundsechzigtausend M. erhalten habe. Der „Regulator“ kommt in seiner Nr. 46 auf die Angelegenheit zurück und veröffentlicht zwei Schreiben im Auszug, des Inhalts, daß der Deutsche (des sozialdemokratische) Metallarbeiterverband tatsächlich von den Fabrikanten des Feingoldschliffgerätesverbes 71 000 M. erhalten hat. Der Berichterstatter ist in einem Falle der damalige Kassierer des Unternehmerverbandes, welcher die 71 000 M. ausgezahlt hat. „Geld riecht nicht“, so denken bekanntlich auch die Volksgenossen.

Wie der sozialdemokratische Buchdrucker-Verband seine Neutralität wahrte. Im Vorbesonderungsblatt der sozialdemokratischen Generalversammlung Nr. 45/11 wird für sofort ein Gewerkschaftssekretär nach Krefeld gesucht, welcher gleichzeitig die Parteigeschäfte zu erledigen hat. Es ist gewiß anzuerkennen, daß das Organ der sozialdemokratischen Gewerkschaftszentrale den letzten Scheiterfall nicht und offiziell verkündet: „die freien Gewerkschaften sind sozialdemokratisch“. Anders der „Korrespondent“, das „freie“ Buchdruckerorgan. Er bringt die Offerte auch, nicht etwa als Inserat, sondern in redaktionellen Teil, wobei er eine bezeichnende Fälschung begeht. Der „Korrespondent“ unterschlägt in dem Gesuch einfach den Satz, nach welchem der Gewerkschaftssekretär gleichzeitig die Parteigeschäfte zu erledigen hat. „Wir mögen halt, wo wir mögen können“, sagte Genosse Quark; der Korrespondent denkt so und sagt nichts, um wenigstens neutral zu scheinen.

Ein neues Buch in Erfurter Programm. Wegen der Tripolisaffäre der Staliener hat die rote Internationale Protestversammlungen beschlossen, die auf dem ganzen Erdball natürlich glänzend zu — Wasser wurden — bloß nicht in Deutschland. Unsere Genossen sind eben Prachtexemplare, einerseits gehen sie zu Hof, schützen Prinzeninnen, lassen sich von den Kapitalisten Versammlungshäuser bauen, stecken, ohne mit einer Wimper zu zucken, klingende „Geschenke“ der „Blutlanger“, wie sie sich gleichmäßig ausdrücken, ein z. B. Andersseits aber protestieren sie auch fleißig gegen alles. Dabei geraten sie in einen Taumel, daß sie sogar ihren Feind, das Erfurter Programm, um sein Fundament bringen. In einem fulminanten Leitartikel der „Rheinischen Zeitung“ Nr. 264, der natürlich aus der Berliner oder Düsseldorfener roten Meinungsfabrik stammt, heißt es mit Bezugnahme auf die jüngsten internationalen Werten: „England, Dänemark, Frankreich durch die röllferr erbindende Draht der Arbeiterbewegung geeint, sind eine Macht, die dem ganzen Erdball den Frieden diktiert kann.“

Das ist an sich schon richtig, geht aber doch nur, wenn die drei Staaten ihre Militär und die schwebenden Festungen aufheben, welche jedoch vom Erfurter Programm in Grund und Boden verdammt werden. Was verschlägt! Wenn man in Baden anstelle des Erfurter Programms geordneten Allgemeinen, gleichen, geheimen und bürchen Wahlrechts sich mit dem „Klassenwahlrecht“ abfindet, dann können die Genossen im Reich auch den „Militarismus“ in Kauf nehmen. Das tut weiter nichts, wenn es nur ordentlich bünmelt, Grad wie beim Jakob auf der Kirmes. Wer da am lauesten ruft, der hatte früher die Bauern auf seiner Seite. In-

zwischen sind die Leute schlauer geworden und sie schauen auf die Güte der Waren. Einer Nachprüfung hält das sozialdemokratische Geschwafel aber nicht Stand. Darum: Weg damit!

Die Marokkobebatten im Reichstag haben böses Unheil angerichtet unter der Genossenschaft. Bürgerliche Abgeordnete rücken die mehr als zweibeiheige Faltung der deutschen Sozialdemokraten während der schwierigen Spannung ins rechte Licht. Misp und klar wurde nachgewiesen, daß die Sozialdemokratie erst dann von ihrem Generalfreikamerl erwachte, als der Vorstand des christlich-nationalen Arbeiterkongresses mit der bekannten Knutgebund der Deffentlichkeit zeigte, daß mehr wie eine Million deutscher Männer aus dem Arbeiterstande das schmachvolle Verhalten der Genossen verurteilten. Wir würden auf die Sache nicht zurückgekommen sein, aber das Verhalten der sozialdemokratischen Metallarbeiterzeitung zwingt uns dazu. Die Metallarbeiterzeitung hat in ihrer jüngsten Nummer (46/11) die Seiten, den Vorwärtsbehalter Täumig, welcher die bekannte Brandrede hielt, einen „in weiteren Kreisen unbekanntem Mann“ zu nennen, auf dessen Meinung es nicht ankomme. Dann führt sie als fünfzehnten Rathgeber den alten Bebel ins Treffen, indem sie schreibt:

„Der alte Bebel selbst vollzog die Exekution, und zwar in einer Weise, die die hellste Freude in unsern Reihen hervorrufen wird. Mit klaren, von tiefstem Empfinden getragenen Worten wies er auf die hohe Kulturbedeutung der sozialdemokratischen Massenbewegung hin und erklärte, daß auch nie mit dem Schatten eines Gedankens die Partei die Möglichkeit eines Vaterlandsverrates erwoagen habe.“

Das hätte die Metallarbeiterzeitung besser nicht getan, denn damit hat sie sich arg in die Messen gesetzt. Bebel hat nämlich im Reichstag und in Jena — von Berlin ganz zu schweigen — zweierlei geredet. In einwandfreier Weise wird dieses von der gleichfalls sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“ festgestellt. Dieses Blatt schreibt in seiner Montagnummer vom 13. November 1911 (erste Beilage zu Nr. 263):

„Wir unsererseits müssen erklären, daß die Ausführungen Bebel's, die — auch nach dem Parlamentsbericht des Vorwärts — in der entscheidenden Stelle lauten: „Das war der Weg, der betreten worden ist, den wir akzeptiert haben, und dieser bedeutet, daß die Partei von einem Massenstreik im Argesfalle absteht, daß sie nichts damit zu tun hat“ im Widerspruch stehen mit den Ausführungen Bebel's auf dem Parteitag von Jena, wo er — laut Protokoll — ausführte: auf allen diesen Kongressen (Paris, Amsterdam, Stuttgart) ist klar und deutlich seitens der deutschen Partei gesagt worden: wir danken uns, uns auf irgend etwas festzulegen.“

Auch ist Täumig gar keine so nebensächliche Persönlichkeit, wie die Arbeiterzeitung glauben machen will. Seine Generalfreikamerl wird von weiten Kreisen in der Sozialdemokratie gestellt, wenn es auch die Parteipolitiker nicht wahr haben wollen. Das bestätigt kein geringerer als die „Neue Zeit“, das wissenschaftliche Organ der deutschen Sozialdemokratie. Diese nämlich — nachdem sie vorher dem im Zitierten verunglückten sozialdemokratischen Großbloddirektor Frank, einige sehr feine „brüderliche“ Stiche versetzt hat — in ihrer Nr. 7 vom 17. November folgendes:

„Allen Zitate aus Bebelmann und Schiller sind so frisch und muntere Neben vorzuziehen, wie sie Genosse Täumig im vergangenen Sommer gegen die Kriegsbeher gehalten hat.“

Das ist die Wahrheit und die sieht ganz anders aus wie die Metallarbeiterzeitung ihrem Publikum suggerieren möchte. Es bleibt also dabei, die Sozialdemokratie scheint nicht einmal vor dem Vaterlandsverrat zurück.

Streiks und Lohnbewegungen.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zuzug fort.

Dortmund-Annen. Ueber die Gießerei der Firma Krupp in Annen ist die Sperre verhängt.

Barmen-Giersfeld. In der Metallindustrie hier selbst und der der Umgebung stehen die Arbeiter in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit. Zuzug ist streng fernzuhalten.

W.-Gladbach. Die Firma Scheidt und Bachmann, Eisenbahnsignal-Bauanstalt und Eisenwerkerei, hat ihre gesamte organisierte Arbeiterchaft ausgepeert. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Wuppertal. Die Wuppertaler Eisenhütte ist für Metallarbeiter aller Branchen — wegen Nichtanerkennung des Koalitionsrechtes — gepeert.

Zwittingen. Bei der Firma Arnold Meyer, Fabrik für landwirtschaftliche Maschinen, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Metallarbeitern aller Branchen und Tischlern ist streng fernzuhalten.

Solingen-Saun. Bei der Firma Hofeinz & Co., Maschinenfabrik sind wegen Maßregelung Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Schlossern, Hoblern, Fräsern und Bohren ist fernzuhalten.

Köln-Loisdorf. Die Arbeiter der Rheinisch-Westfälischen Sprengstoff A.-G. stehen im Kampfe zur Verteidigung des Koalitionsrechtes. Zuzug fernhalten.

Berlin. Die Berliner Former und Eisengießereiarbeiter stehen im Streik. Zuzug ist fernzuhalten.

Rhein-Bremen. Die Stampfer der Firma Citeimeier stehen wegen Lohnunterschieden im Streik.

Gevelsberg. Die Arbeiter der Firma Gebr. Schürhoff, Werkzeugfabrik, stehen zwecks Beseitigung von Mißständen und Durchführung einer Lohnerhöhung im Streik.

Langerwehe-Schönthal. Bei der Firma Karl Schleicher & Söhne, Nadelabrik, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug von Nadelern ist streng fernzuhalten.

Hamburg. Die Elektriker stehen im Streik. Zuzug fernhalten.

Krefeld. Sämtliche Gießereiarbeiter der Firma Schrörs stehen im Streik. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Trier. Wegen Nichtanerkennung des abgeschlossenen Tarifvertrages sind eine Anzahl von Betrieben der Klempner- und Installationsbranche gepeert. Zuziehende Kollegen haben sich daher vor Annahme von Arbeit auf dem christlichen Gewerkschaftsbüro Hofenstraße 12 zu melden.

Zuzug ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 26. November 1911 der achtundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 26. November bis 2. Dezember 1911 fällig.

Wie im vorigen Jahre, so gelangen auch diesmal wieder Beitragsmarken in einer anderen Farbe für das nächste Jahr zur Ausgabe. Der Versand dieser neuen Marken erfolgt so frühzeitig, daß alle Verwaltungsstellen rechtzeitig im Besitz derselben sind. Im Hinblick darauf, werden die Vorstände ersucht, bei ihren Markenbestellungen für das laufende Jahr nur noch die unbedingt notwendige Anzahl anzugeben, damit am Jahresluß nicht allzu große Bestände übrig bleiben.

Aus dem Verbandsgebiet.

Amberg. Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein. In Wirklichkeit sieht's aber meist anders aus. Das zeigt wieder ein Unglücksfall, der sich im Amberger Staatsbetrieb ereignete. Die Amberger Volkszeitung meldete darüber unterm 7. November: „Ein circa 20jähriger Gießereiarbeiter namens Johann Wagner von Hammergründ bei Grafenwöhr, der Sonntags über per Rad in seiner Heimat gewesen war, kam Montag früh 5 1/2 Uhr, jedenfalls ziemlich erschöpft, zu seiner Arbeitsstelle beim hiesigen Hochofen zurück und legte sich, um vor Arbeitsbeginn noch etwas auszuruhen, in einen sog. Gaswärmehofen. Von seinen Kollegen um 6 Uhr geweckt, blieb er gegen deren Erwarten liegen. Als man ihn eine halbe Stunde später termiste, suchte und fand man ihn noch im Ofen, von den inzwischen hineingelassenen giftigen Gasen schwer betäubt und bewußtlos. Er starb trotz sofortiger ärztlicher Hilfeleistung.“

Zwei Tage danach schrieb die Amberger Volkszeitung weiter über den bedauerlichen Vorfall: „Aus Hüttenarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Zu unserer Notiz über den Unglücksfall in der hiesigen staatlichen Gießerei sei es erlaubt, auf einige Mißstände hinzuweisen. Als das Unglück geschehen war, wurde der Sauerstoff-Apparat herbeigebracht. Er soll dazu dienen, den Berührungslüften auszusaugen. Leider soll er nicht gebrauchs-fähig gewesen sein, denn er tat seinen Dienst nicht. Hier dürfte wohl einmal nach dem Rechten gesehen werden. Auch die Apparate am Hochofen und Zementwerk sollen nicht in Ordnung sein. Am Hochofen ist die Sache besonders ernst, da hier des öfteren die Leute auf der Gicht, wie man sagt, Gas zu schnappen bekommen. Es ist noch nicht lange her, daß mehrere Arbeiter auf einmal Gas schnappten. Der Apparat muß funktionieren, das darf man wohl in einem Staatsbetrieb verlangen.“

In der Gießerei se hlen auch noch immer Wusenthalten und Ankleideräume, Wasch- und Badebelegenheit. Jetzt, zur rauhen Jahreszeit, müssen die Arbeiter sich in der Kälte umkleiden und ihre Maßketten einnehmen. Kommen sie etwas früher, müssen sie in der Kälte stehen. Die meisten suchen dann die Nähe eines warmen Ofens auf. (So tats auch der Berührungslüfte, welcher schon um 5 1/2 Uhr in der Werkstube war.) 5-6 Mann waschen sich aus einem Eimer, wenn sie gerade einen haben. Diese Arbeiter müssen von der schmutzigen Arbeit ungetrocknet nach Hause gehen. Nun sind diese Räume zwar alle im Bauplane vorgesehen. Aber wann werden sie nun einmal kommen? Niemand kann es den Arbeitern da verdenken, wenn sie den Weg in die Deffentlichkeit nehmen. Lam zum Hochofen. Die Arbeiter in der Pochhalle, die besonders bei der Nacht unter großer Kälte zu leiden haben, verlangten einen Ofen. Der Arbeiterausschuss ist in der Sache früh genug vorstellig geworden. Man hat den Ofen verprochen. Jetzt wird's Zeit, von einem Ofen aber ist noch immer nichts zu sehen. Wenn sich einmal mehrere Arbeiter krank gemeldet haben, dann wird's vielleicht kommen. Wir hoffen durch diese Zeilen zu erreichen, daß baldigst in allen Sachen nach dem Rechten gesehen wird.“

Baldige Abhilfe ist hier allerdings am Platze. Auch auf den Staatsbetrieben scheint noch immer der alte Schlenker sein Unwesen zu treiben, wonach der Brunnen erst dann zugebeckt wird, wenn das Kind ertrunken ist. Für die Arbeiter der Pochhalle ist nicht mal ein Unterhakenraum vorhanden, wo sie ihre Maßketten einnehmen könnten. Der Amberger Staatsbetrieb ist heute demnach alles eher als ein Musterbetrieb. Der leidtragende Teil ist aber unter den heutigen Verhältnissen immer die Arbeiterchaft. Die Schuld daran trägt diese aber auch zu einem großen Teil selber. Warum treten die Arbeiter in den Staatsbetrieben nicht in größerer Anzahl dem christlichen Metallarbeiterverbande bei, damit wirksam auf Abhilfe gedrungen werden kann! Manches ist doch schon durch unseren Verband in den Staatsbetrieben der Oberpfalz erreicht worden. Mehr noch aber bleibt zu erringen übrig in Bezug auf Lohn, Arbeitszeit, Behandlung, hygienischen Einrichtungen zc. Der traurige Unglücksfall sei unsern Kollegen also ein neuer Ansporn zu verdoppelter Werbearbeit für unsere Sache; je stärker unser christlicher Metallarbeiterverband in den Staatsbetrieben wird, umso mehr kann für die Kollegen dort geschaffen werden.

Offenbach a. M. In letzter Zeit fanden hier zwei Lohnbewegungen ihren Abschluß, auf die wir an dieser Stelle einmal etwas näher eingehen müssen. Nicht etwa darum, als wenn erfreuliche Erfolge für die Arbeiterchaft dabei herausgesprungen wären — im Gegenteil! — nein, das Verhalten des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes bei diesen Bewegungen muß im allgemeinen Interesse der Arbeiterchaft hier wieder einmal ernstlich kritisiert werden.

Da ist zunächst die Bewegung in der Offenbacher Gürtler- und Metallwarenindustrie. Hier bestand seit 1906 ein Tarif, der damals auf zwei Jahre abgeschlossen wurde und der die Bestimmung enthielt, daß er sich jeweils um ein Jahr verlängere, wenn er nicht 1/4 Jahr vor Ablauf von einem der

Sonntagsruhe gekündigt werde. Infolge der sozialdemokratischen Unzulänglichkeiten war unser Verband damals gezwungen, diesen Tarif getrennt mit den Arbeitgebern abzuschließen. Der sozialdemokratische Verband wurde damals von den Arbeitgebern nicht anerkannt, er mußte sich damit begnügen, daß der Tarifabschluß mit den Arbeitgebern durch eine beiderseitige Ständigenkommission gelöst wurde. In der Sitzung vom 1908/09, die sich teilweise noch in das Jahr 1910 hinein zog, wurde von der Kündigung des Tarifs Abstand genommen; es wurde dies unterdessen jeweils durch Beschluß festgelegt. Anders war es beim sozialdemokratischen Metallarbeiterverband. Die Reihen seiner Mitglieder aus dieser Branche hatten sich bedenklich gelichtet — und so mußte etwas geschehen. Er kündigte am 1. April 1910 den Tarif zum 1. Juli 1910. Die Arbeitgeber aber nahmen die Kündigung nicht an: nicht mit dem sozialdemokratischen Verband, sondern mit einer Ständigenkommission hätten sie den Tarif abgeschloffen; nur diese sei daher berechtigt, den Tarif zu kündigen. Dabei blieb es denn auch trotz eines vom sozialdemokratischen Verband am 29. Juni erhobenen Protestes.

Ein Jahr später, am 24. März 1911, beauftragte dann eine sozialdemokratische Versammlung die Ständigenkommission, die Kündigung des Tarifs zum 1. Juli 1911 zu unterzeichnen und den Arbeitgeber Rechnung zu legen und die Kündigung war gültig. Unser Verband, dessen Mitgliederzahlen aus dieser Branche sich nicht nur gehalten, sondern trotz der Krise noch vermehrt hatten, hatte seinerseits ebenfalls die Kündigung des Tarifs rechtzeitig vollzogen. Die Bahn zu einer Erneuerung war also auf der ganzen Linie frei. Am 19. September stellte deshalb unser Bezirksleiter in einer Versammlung des sozialdemokratischen Verbandes, die sich mit der Frage befaßte, den Antrag, gemeinsam die Forderungen zur Erneuerung des Tarifs einzureichen. Das wurde von der schlecht besuchten Versammlung abgelehnt, obwohl rund 10 Prozent der in Frage kommenden organisierten Arbeiter Mitglieder unseres Verbandes sind. Der sozialdemokratische Verband pochte auf seine Macht und lehnte ein gemeinsames Vorgehen ab.

Die Folge dieser sozialdemokratischen Zerplitterungspolitik war, daß die Arbeitgeber bei den Verhandlungen, die nun jeder Verband selbständig führte nur geringes Entgegenkommen zeigten. Die Schleifer hatten bereits im Vorjahr mit den christlichen Kollegen gemeinsam eine Lohnbewegung mit vollem Erfolg durchgeführt und weigerten sich, sich bei dieser Bewegung wieder als Sturmbodden gebrauchen zu lassen. Als nun auch die christlichen Arbeiter beschlossen, angesichts der z. B. schlechten Organisationsverhältnisse und sonstiger ungünstiger Umstände in der Branche von einer Kündigung abzusehen, sah sich auch der auf seine Macht pochende sozialdemokratische Metallarbeiterverband mit seiner Weisheit am Ende. Die Bewegung fand am 20. Okt. ein friedliches Ende.

Das Ergebnis ist im ganzen die Wiederherstellung der Bestimmungen von 1906. Wichtig eine Lohnverbesserung von 1—2 Pfg. pro Stunde, die aber nur für solche Arbeiter gilt, die nicht schon seit 1. April eine solche erhalten haben. Auch diejenigen, die bereits 69 Pfg. und mehr erhalten pro Stunde, sowie Erwerbsbeschränkte, Hilfsarbeiter und Mädchen sind dabei ausgenommen. Als Erfolg kann allenfalls gebucht werden, die Garantie des Stundenlohnes für Affordarbeiter, in Höhe von neun Befehl ihres Durchschnittslohnes der letzten 6 Wochen. Es könnte hier noch manches von Interesse aus dieser Bewegung angeführt werden, wir wollen uns dies aber für später vorbehalten. Nötig erscheint uns aber, einen Satz aus dem Bericht der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ vom 4. 11. 11. über diese Bewegung niedriger zu hängen, nämlich, daß die „Christlichen“, wie es dort heißt, bei den Verhandlungen abzusehen mußten. Von unserer Seite war niemand bei den Verhandlungen, mithin brachte auch niemand „abzusehen“. Gewiß hatten wir auf schriftlichem Wege den Arbeitgebern mitgeteilt, daß wir nach wie vor auf unserer Forderung nach Gleichberechtigung bestehen bleiben und daß wir von ihnen erwarten, daß die Verhandlungen gemeinsam geführt würden. Wir wissen auch, daß der Vorsitzende der Arbeitgebervereinerung, wie auch noch einige andere Arbeitgeber, wohl und ganz damit einverstanden waren. Leider gibt es aber auch noch Arbeitgeber, die sich aus durchsichtigen Gründen noch nicht zu der Ansicht durchbringen wollen, daß unsere Organisation das gleiche Recht für sich in Anspruch nehmen darf wie die sozialdemokratische. Also lediglich aus dem Grunde, weil innerhalb der christlichen keine einheitliche Meinung zustande kam, waren die christlichen Arbeiter und ihre Organisation nicht bei den Verhandlungen vertreten und nicht weil es die Gewerkschaft nicht wollten.

Die Genossen wissen aber auch selbst nur zu gut, daß ihre Macht schon heute nicht mehr so groß ist, um letzten Endes allein maßgebend zu sein, wer bei Verhandlungen zugegen sein darf oder nicht. Auch die Stimmung unter den hiesigen Arbeitern und namentlich den Schleifern, die mit uns im letzten Jahre gemeinsam eine Bewegung führten, war eine ganz andere, wie die Genossen „führer“ angegeben. Ein Tarif auf bestimmte Zeit ist nicht zustande gekommen und wird das sicherlich dazu beitragen, daß unsere Kollegen auch in Zukunft weiter am Ausbau unseres Verbandes tatkräftig mitarbeiten. Wir werden mithin auf alle Eventualitäten gefaßt sein müssen und bei allen Gelegenheiten auf der Gleichberechtigung unseres Verbandes bestehen. Am letzten Ende werden auch diejenigen, die da glauben, dies verhindern zu können, noch einsehen müssen, daß alle ihre „Liebesmühen“ vergeblich war.

Die zweite Bewegung spielte sich in der Maschinenfabrik Maier und Schmidt in Offenbach ab. Obwohl der rote Verband dort einen Streik von 10 Wochen führte, hat man in seinem Organ bis heute noch nichts darüber gelesen. Das vollständige Fiasko, welches die Genossen bei dieser Bewegung erlitten, macht das ja erklärlich. Der Streik in diesem Betriebe hat schon seine Vorgeschichte in einer Bewegung von 1910, die damals nach einigen Tagen beendet wurde. Die Firma hat schon seit der letzten allgemeinen Bewegung in der hiesigen Maschinenindustrie, 1907, eine Anzahl Arbeiter mit festen Wochenlöhnen und einer vierwöchentlichen Kündigungsfrist sich gesichert. Auch echte Genossen, die bei früheren Vorständen waren und auch noch bei der letztjährigen Bewegung den Mund nicht groß genug aufmachen konnten. Sind darunter. Auch wurde von Seiten der Firma im letzten Jahre eine Nachsicht eingeführt, der dabei erzielte Verdienst war gerade für die Genossen das Notmittel, daß sich viele von ihnen gerade dazu wendeten. Infolge dieses Andranges der Unentwogenen zur Nachsicht wurde nun allerdings seitens der Firma eine „Regulierung“ der Lohnverrechnung für die

Nachsicht vorgenommen. Auch ein „Erfolg“, für den sich die Arbeiter bei den Genossen bedanken können. Im Juli d. J. nun wurde durch den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband eine Lohnbewegung bei dieser Firma eingeleitet. Es wurden der Firma Forderungen unterbreitet, die in der Hauptsache dahin zielten, einen Ausgleich der Löhne, entsprechend den bereits bezahlten Wochenlöhnen, herbeizuführen.

Diese Forderung ist in ihrem Grundgedanken als gut zu bezeichnen. Aber was nicht gut war, ist die ganze Art der Einleitung der Bewegung, die ebenfalls von dem Gedanken ausging: „Macht geht vor Recht“. Man nahm jedenfalls als sicher an, daß sich alle dort beschäftigten Arbeiter dem Kommando des sozialdemokratischen Verbandes fügen und seiner vermeintlichen Macht blindlings Gehorschaft leisten würden. Daß dem aber nicht so ist, hätte man auf jener Seite bei Gelegenheit der Kündigung, die — infolge Ablehnung der Forderungen durch die Firma — am 1. August getätigt wurde, schon wissen können. Nicht einmal die Hälfte der Arbeiter folgte der Parole des sozialdemokratischen Verbandes zur Kündigung, und als diese, ohne daß irgend welche Annäherung oder Verständigung mit der Firma stattgefunden hatte, abgelaufen war, traten von rund 600 dort beschäftigten nur 326 in den Streik, während einschließlich 42 Lehrlingen 334 stehen blieben. Die Aussichten auf Erfolg standen mithin schon zu Beginn ziemlich schlecht. Sie wurden auch nicht besser durch den Lärm, den der rote Metallarbeiterverband schlug, um auf die flehgebildeten einzuwirken. Unter diesen befand sich eine ganze Anzahl von echten Genossen, die allerdings vorher dem roten Verbande schon den Rücken gekehrt hatten. Auch ein Flugblatt mit der falschen Unterschrift, „Die Ortsverwaltung aller in Betracht kommenden Organisationen“ vermochte die flehgebildeten nicht zu veranlassen den streikenden Genossen durch Arbeitsniederlegung zur Hilfe zu kommen. Inzwischen hatte die Firma gewaltige Anstrengungen gemacht, die Plätze zu besetzen und es war ihr dies auch zum großen Teil gelungen. Die Aussicht auf Erfolg ging von Tag zu Tag zurück und endlich, in der 10. Woche des Streikes, sah der sozialdemokratische Metallarbeiterverband das Nutzlose seiner Bemühungen ein und beendigte den Streik ohne Erfolg. Man hat jetzt den Arbeitgeber, die Leute wieder einzustellen. Von 326 in den Streik getretenen Arbeitern kamen aber nur ungefähr 60—70 wieder an ihre Plätze. Die übrigen — soweit es ihnen nicht gelang anderweitig schon vorher unterzukommen — sind auf der Strecke geblieben und werden sich ein Urteil über die „Macht“ der sozialdemokratischen Organisation, die während der Bewegung noch in allen Tönen gepriesen wurde, jetzt selbst bilden können.

Wir bedauern gewiß diese Schlappe, die die Arbeiterschaft dieser Firma durch den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband erlitten hat, schon im Interesse der gesamten Arbeiter. Wer wir haben auch die Hoffnung, daß dadurch die Arbeiterschaft endlich einmal angeregt wird zum Nachdenken darüber, wer mit ihren Interessen sich einbildet treibt. Die christlichen Arbeiter und auch diejenigen, die das Denken noch nicht ganz verlernt haben, werden aus dieser Niederlage die Konsequenzen ziehen und durch Ausbau des christlichen Metallarbeiterverbandes am hiesigen Ort wie auf der ganzen Linie die Arbeiterschaft in der Zukunft vor Schaden zu bewahren trachten.

Duisburg. Auch im Duisburger Bezirk schreitet die Organisation der christlichen Metallarbeiter vorwärts. Das bewies die Generalversammlung, welche die Verwaltungsstelle Duisburg, am Sonntag, den 5. November in Laar für das dritte Quartal abgehalten hat.

Gewerkschaftssekretär Kollege Burgard erstattete den Kassen- und Tätigkeitsbericht. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 7519,50 M., die Ausgabe 3477,90 M. Die Einnahme der Nebenkasse betrug 6224,65 M., die Ausgabe 2549,51 M. Die Beitragsleistung pro Mitglied ist gegenüber dem zweiten Quartal gestiegen. Auch die Mitgliederzahl befindet sich in erfreulicher Aufwärtstendenz. Neugegründet wurde eine Zahlstelle und zwei Branchensektionen. Vier Lohnbewegungen wurden mit Erfolg geführt. Die Versammlungstätigkeit war sehr reger. Es wurden 28 Mitglieder, 16 Vertrauensmänner und eine größere Zahl von Betriebsversammlungen abgehalten. In einigen Zahlstellen ließ der Versammlungsbereich zu wünschen übrig. Zur Ausbildung rednerischer Kräfte wurde ein Rednerkursus eingerichtet, an dem sich über 40 Vertrauensmänner beteiligten. Eingehend besprach der Redner die Zukunftsaufgaben. Die Anstrengung der Sozialdemokratie zur Gewinnung der Jugend müssen mit verstärkter Werbearbeit unter den jugendlichen Metallarbeitern beantwortet werden. Die Bedeutung der Presse mußte noch mehr wie bisher gewürdigt werden. Da die Arbeiter, welche die der Gewerkschaftsbewegung teilnahmslos gegenüberstehende Presse lesen, für die christlichen Gewerkschaften am schlechtesten zu gewinnen sind und diese Presse bei wirtschaftlichen Rückschlägen eine sehr unklare Stellung einnimmt, wurde die Versammlung aufgefordert, die christliche Arbeiterpresse zu unterstützen. Der lebhafteste Beifall der Versammlung zeigte, daß die Mitglieder mit der Tätigkeit des Vorstandes einverstanden waren.

Der Mittelpunkt der Versammlung war der Vortrag des Geschäftsführers Kollegen Triquardt über „Die Stellung Deutschlands in der Wirtschaftskrisenzeit der Weltmärkte“. Der Redner schilderte die Entwicklung Deutschlands vom Agrar zum Industriestaat und die sich hieraus ergebende stets steigende Warenexport und -Ausfuhr. Billige Rohstoffe und gute Absatzmärkte sind heute eine Lebensfrage für die deutsche Industrie. Das Ausland beneidet uns um die erlangene Stellung auf dem Weltmarkt und will durch politische und wirtschaftliche Mittel unsere Weiterentwicklung unterbinden. Um seine Wirtschaftstellung auf dem Weltmarkt zu behaupten, muß Deutschland seine Wehrfähigkeit auf der erforderlichen Höhe erhalten. Im letzten Jahrzehnt sind eine Reihe anderer Staaten neben Deutschland in den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt getreten. Ein Teil der Länder, die bisher Abnehmer unserer Industrieprodukte waren, haben eine blühende Industrie entwickelt, jedoch der Konkurrenzkampf der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt immer schwieriger wird. Neben der Erschließung neuer Absatzgebiete auf dem Weltmarkt, muß das deutsche Volk auch bemüht sein, den Weltmarkt kaufkräftig zu erhalten und auch eine Handelspolitik unterstützen, welche geeignet ist, diesen Zweck zu erreichen. Die Sozialdemokratie hat leider kein Verständnis für diese wichtigen Aufgaben des deutschen Volkes. Sie ist der Meinung, daß an den wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter. Die Arbeiterschaft wird in der nächsten Zeit Gelegenheit haben, dafür der Sozialdemokratie den verdienten Dank zu geben. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen.

Die rege Diskussion zeichnete sich durch große Sachlichkeit aus. Es wurden die Schwierigkeiten besprochen, die sich bei Ausbreitung unserer Bewegung entgegenstellten. Nach dreistündiger Dauer wurde die Generalversammlung vom Vorsitzenden, Gewerkschaftssekretär Kollegen Meyer, mit einem Appell an die Mitglieder, auch in Zukunft mit aller Begeisterung für den Verband zu arbeiten, geschlossen.

Wülhausen i. Gf. Wie im verflossenen Jahre, so hat hat das Kartell der christlichen Gewerkschaften in Wülhausen auch in diesem Jahre für den bevorstehenden Winter einen Unterrichtskursus vorgesehen. Folgende zeitgemäße Vorträge sind in Aussicht genommen: „Unterrichtskursus“, Referent Kollege Eintrage; „Die Entwicklung des Staates“, Referent Prof. Dr. Spahn-Strasbourg; „Die Aufgaben des Staates“, Referent Kollege Böbling-Strasbourg; „Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der Handelspolitik?“, Referent Reichstagsabgeordneter Dr. Braun; „Die Zollpolitik und ihre Bedeutung für die Arbeiterschaft“, Referent Kollege Giesler; „Das Steuerwesen in Staat und Kommune“, Referent Kollege Schmidt-Freiburg; „Die Sozialpolitik im deutschen Reich“, Referent Kollege Giesler; „Wie haben wir die allgemeine Bildung des Arbeitervolkes?“, Referent Kollege Bilzer; „Wert und Bedeutung der Fachbildung“, Referent Kollege Giesler. Der Kursus beginnt am Donnerstag den 23. November und findet nach Möglichkeit alle 14 Tage jeweils Donnerstag abends im Lokal Burget statt. Notwendig werdende Verschiebungen werden in der Tagespresse bekannt gegeben werden. Mögen auch unsere Kollegen in großer Anzahl an diesem Kursus teilnehmen, denn „Macht ist Recht!“

Sterbetafel.

Machen. Am 12. Nov. starb unser Kollege Heinrich Kremer an den Folgen einer langwierigen Krankheit im Alter von 47 Jahren.

Länderscheid. Am 6. November starb unser Kollege E. Tzelpmann im Alter von 49 Jahren an Zuckerkrankheit. Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

- Kollegen und Kolleginnen!**
Versäumt ohne triftigen Grund keine Versammlung!
- Freitag, den 24. November.**
Sterkrade. Abends 8.15 Uhr bei Landwehr, Hohenstr. 1.
Sandtag, den 25. November.
Dortmund. Abends 9 Uhr im Christlichen Gewerkschaftshaus.
Düsseldorf-Ratingen. Abends 9 Uhr bei Paul, Bohustr. Bezirks-Versammlung. Referent Graf.
Düsseldorf-Mettmann. Abends 9 Uhr bei Otto Eigen, Neanderstr. Bezirks-Versammlung.
Essen, Kunst- und Bauhofsloster. Abends 8.30 Uhr in der „Stadt überlebens“
Essen-Altenessen-Nord. Abends 8.30 Uhr bei Böhm, Essenhorststr.
Essen-Vergeborber. Abends 8.30 Uhr bei Westhoff, Hofstraße.
Gebelberg. Abends 8.30 Uhr bei Julius Schiller, Mittelstraße.
Hannover. Abends 8.30 Uhr in Linden, Konradstr. 14.
Karlsruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten.
Köln-Kalk. Abends 9 Uhr bei Böhm, Brennerstr.
Köln-Stadt. Abends 9 Uhr bei Seltensberg, der Schlosser im Bieresal.
München. Abends 8 Uhr Vertrauensmännerkongress im Gasthaus „Leopoldshaus“.
Mülheim-Dahlwald. Abends 8.30 Uhr bei Müller.
Sonntag, den 26. November
Andernach. Vorm. 11 Uhr zur Glocke.
Wesl.-Ober-Schönweide. Vorm. 11 Uhr bei Miesch.
Düsseldorf-Kath. Vorm. 11 Uhr bei Joh. Schulten, Münsterstraße. Bezirks-Versammlung.
Düsseldorf-Overbill. Vorm. 11 Uhr bei Jücker, am Markt, Kölnstrasse, Bezirks-Versammlung.
Duisburg-Neiderich. Nachmittags 8.30 Uhr bei Hafertamp.
Essen-Förmer und Giechelerarbeiter zc. Vorm. 10.30 Uhr im „Friedrichshaus“, Frohnhauserstraße 19.
Essen-Elektronenreue. 11 Uhr bei Schmidt, Geelerstr. 61.
Gelsenkirchen-Bulmke. Vorm. 11 Uhr bei Westheide.
Glabbeek. Nachm. 4 Uhr bei Kortpot. (Christl. Gewerkschaftshaus).
Hamborn. (Bedenmetallarbeiter). Nachm. 4 Uhr bei Hoffmann, Ecke Welterstr. (früher Provinzialstr.) und Sagedorferstr.
Hamborn. Jeden Sonntag von 4—8 Uhr nachm. im Lokal Freundlieb am Neumarkt Sprechstunde für unsere Mitglieder.
Köln-Sumboldt-Kolonie. Morgens 11 Uhr bei Guch, Walfstr.
Köln-Chrenfeld. Morgens 11 Uhr bei Kornbräuer, Reiterstr.
Mülhausen. Nachm. 4.30 Uhr bei Weingarten, Vortrag über Reichsversicherungsordnung. Frauen mitbringen.
Mülheim-Buchheim. Morgens 11 Uhr bei Busch.
Mülheim-Dellbrück. Morgens 11 Uhr bei Korfes/Wilgen.
Mülheim-Wafrath. Morgens 11 Uhr im Versammlungslokal.
Neutwick. Nachm. 4 Uhr im Gesellschaftshaus.
Reinfrischen. Abends 8 Uhr im „Stern“ bei Schleppl.
Rülberg. Nachm. 4 Uhr bei Wm. Kropf, Ref. Koll. Hirtstefer.
Rotbühne. Auf den 3. Dez. verschoben.
Suttgard-Rudwigshurg. Nachm. 4 Uhr bei Wetmann, Stuttg.-Tor.
Siegburg. Vorm. 10.30 Uhr im Lokal Wilmoriten. Nichtmitglieder mitbringen.
Weslert. Abends 7 Uhr bei Fehlinger, Ströhr. Frauen mitbringen. Ref. Frl. M. Hoffmann-Köln.
Wassau. Nachm. 8 Uhr bei G. Gentel XIV. a. o. Generalversammlung in nicht. Tagesordnung.
Montag, den 27. November.
Borsheim-Bilfinger. Abends 8 Uhr in der Rose.
Dienstag, den 28. November.
Mülheim-Stadt. Abends 8.30 Uhr bei Hohenstr.
Mittwoch, den 29. November.
Dortmund. Abends 9 Uhr Vertrauensmännerkongress im christlichen Gewerkschaftshaus, Westerblickstr. 62. Referent: Zentralvorstand der Arbeiter-Duisburg. Die Sitzung der Ortsgruppe Dortmund II am 28. Nov. fällt aus.
Geisweid. Vert. bei Schäfer.
Donnerstag, den 30. November.
Dortmund II. Abends 7.30 Uhr bei Bergemann, Desterwärtstr.
Samstag, den 2. Dezember.
Berlin-Moabit. Bei Bergmann, Odenburgerstr. 3.
Karlruhe. Abends 8.30 Uhr im Palmgarten, Vorstands- und Vertrauensmänner-Sitzung. Abrechnung mit dem Hauptkassierer.
Köln-Endenthal. Abends 9 Uhr bei Siedeler, Bachemerstr.
Köln-Fleithem. Abends 9 Uhr bei Schmidt.
Schwelm. Abends 8.30 Uhr bei W. Wagner, Odenstr.
Stuttgard. Abends 8.30 Uhr im römischen König.
Sonntag, den 3. Dezember.
Düsseldorf-Verwaltungsstelle. Vorm. 11 Uhr gemeinsame Mitgliederversammlung im Paulshaus, Luisenstr. 33-35.
Gnners-Sahn. Vorm. 11 Uhr im Lokal des Arbeitervereins.
Hannover. Nachm. 4 Uhr bei Schiffermann.
Oberhausen. Nachmittags 4 Uhr bei Kemmerling, Ecke König- und Süppelstr.
Rath-Geumar. Abends 9 Uhr bei Klein.
Rotbühne. Nachm. 8 Uhr bei Busch, „Goldner Adler“.
Südt. Morgens 11 Uhr Mitgliederversammlung.
Trier. Vorm. 11 Uhr bei Kirchen an der Meerzafaserne.
Wesl. Nachmittags 4 Uhr bei Reiter, Schmiedstr.

Der Unterzeichnete bittet um Angabe der Adresse seines Bruders Karl Einar Spiesberger, gelernter Schlosser, geb. 1873, z. Zt. unbekanntem Aufenthaltsort. Derselbe wird wegen Erbschaftsangelegenheiten gesucht. Auslagen werden gerne vergütet und Belohnung zugesichert.
Albert Spiesberger, Rülshelm (Waben).